

# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 9/2013



**Machtkämpfe 1989/90**

**Nordkoreas Waffenschmuggel**

**Aufarbeitung in Europa**

**Dokumentiert**

- 3 Demokratische Unschärfe

**Thema**

- 4 Innere Machtkämpfe 1989/90, Teil 1

**International**

- 7 Nordkoreanischer Waffenschmuggel  
Mysteriöse Flucht aus Bern

**Aufarbeitung**

- 8 Generelle Überprüfung  
Weitergehende Untersuchungen
- 9 Aufarbeitung in Europa

**Abschied**

- 10 Erinnerung an Gerhard Finn
- 11 Ein Grabstein für Charly

**Berichte**

- 12 Rehabilitieren und anerkennen!
- 14 Ruhe für die an Kraft Erschöpften
- 15 „Der dunkle Ort“  
Nachbarschaften  
Politischer Ort Hoheneck
- 16 Vorstand neu gewählt

**Service/Bücher**

- 17 Etwas Licht im Dunkel
- 18 Warten ohne Wiedersehen  
40 000 für ein neues Leben  
Reise durch den Untergrund  
Abgeholt und verschwunden

**Service/Veranstaltungen**

- 19

**Umschlagbild**

*Die Verkleidung des Treppenturms am Neubau der ehemaligen Leipziger Stasi-Zentrale erinnert mit ihren Fassadenornamenten in Ohrenform auf besondere Weise an die einstige Nutzung des Geländes. Im Volksmund als „Ohrenburg“ bezeichnet, markierte den Turm am 9. Oktober dieses Jahres eine Lichtinstallation der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ als wichtigen Ort der Friedlichen Revolution.*

*Foto: Martin Jehnichen/Bürgerkomitee Leipzig e.V., Träger der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ mit dem Museum im Stasi-Bunker*

# Die Geister der Vergangenheit

Von Rainer Wagner

Der Mitte November in Leipzig durchgeführte Parteitag der SPD hat einen historischen Beschluß gefaßt, der unsere Demokratie sicher noch auf eine harte Probe stellen wird. Sie, die älteste deutsche Partei, ist bereit, mit der in Linke umbenannten SED eine Bundesregierung zu bilden. Gregor Gysi stellte postwendend die Forderung auf, daß seine Partei als ersten Schritt mit SPD-Unterstützung Ministerpräsidenten stellen müsse. Und schon am 17. November erklärte der Thüringer SPD-Chef Christoph Matschie in Suhl: „Ich will die Debatte, ob die SPD im Land auch einen Politiker der Linkspartei zum Ministerpräsidenten mitwählen würde, für Thüringen neu führen.“ Nun ist es soweit: 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution stehen der ehemaligen DDR-Staatspartei die Wege in eine mögliche Bundesregierung und zu allen sonstigen Würden offen. Begeistert werden zu Sylvester bei vielen alten DDR-Genossen die Sektkorken knallen: Prosit Neujahr, Genossen! Und womöglich wird dieses Prost Neujahr von einer Greisin aus Chile begeistert erwidert.

Die Welt wird möglicherweise schneller, als wir denken, einen deutschen Außenminister oder Vizkanzler erleben, der seine politische Ausbildung an der SED-Hochschule erhielt oder einen Doktor-Titel der Stasi-Hochschule trägt. Sollte die schwarz-rote Koalition nicht zustande kommen oder nach einiger Zeit zerbrechen, gäbe es ohnehin im Bundestag eine rot-rote und grüne Mehrheit. Aber fast noch erschütternder als dieses Szenario ist es, daß die Öffentlichkeit sehr bald wieder zur Tagesordnung übergehen wird. Die Medien akzeptieren die Linke ohnehin. Und auch manche Politiker betrachten die ehemalige SED als demokratische Partei. Man hat sich daran gewöhnt, daß die Geister der Vergangenheit fröhliche Urständ feiern. Ja mehr noch, man sympathisiert mit der Linkspartei im Osten, weil sie angeblich so pragmatisch ist. Dabei übersieht man, daß die SED-Genossen immer pragmatische Heuchler waren. Sie jubelten Stalin zu, obwohl sie wußten, daß im Gulag viele Millionen Menschen umgebracht wurden. Danach wandten sie

sich Chruschtschow zu, und Ulbricht selbst erklärte zu gegebener Zeit, wie sehr auch er unter Stalin „gelitten“ habe. Honecker folgte als Breschnews Staatthalter und verkaufte die DDR-Wirtschaft an die sowjetischen Brüder. Gleichzeitig litten Menschen, die sich für Freiheit und Demokratie einsetzten, in den Zuchthäusern und Lagern des realen Sozialismus. Die Staatsicherheit drangsalierte und unterdrückte als Handlanger der SED jeden Andersdenkenden durch Entrechtung, Enteignung oder gesellschaftliche Ausgrenzung. Nun, nach 25 Jahren, kommt der Geist von damals wieder aus der Flasche.

Wo bleibt da die Stimme der Opfer? Derer, die für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat ihre Gesundheit und Jahre ihres Lebens drangegeben haben? Melden sich so wenige zu Wort, weil sie mit gegenseitigem Mißtrauen, internen Machtkämpfen oder der Verbreitung von Halb- und Unwahrheiten beschäftigt sind? Während die alten Kommunisten zusammenhalten und dadurch vor dem Bundesverfassungsgericht ihre Privilegien sichern konnten, reiben sich ihre Opfer oft gegenseitig auf. Manche betreiben Internetseiten, die eher Kloaken als Kommunikationsmitteln gleichen. Andere gehen kleinen Machtspielchen nach oder suchen Vorteile auf Kosten ihrer Kameraden. Ob da auch Eingeschleuste oder Umgedrehte mitwirken, bleibt Spekulation.

Vor uns liegt das 25. Jubiläum der Friedlichen Revolution. Es wird Zeit, daß die Opfer endlich ihre Verantwortung wahrnehmen. Wir müssen auf die neue Bundesregierung zugehen, um all die Defizite in der Aufarbeitung des Unrechtsstaates DDR und die Mißstände bei Entschädigung und Erinnerungskultur zu beseitigen.

Das 25. Jahr nach der Friedlichen Revolution sollte ein Jahr der Einheit zwischen den Opfern und des Einsatzes für die Opfer werden.

In diesem Sinne wünsche ich jedem eine besinnliche Weihnachtszeit und ein gesegnetes Jahr 2014. 

## Dank

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG dankt ganz herzlich allen, die im Jahr 2013 für den Dachverband gespendet haben!

Der Vorstand

# Demokratische Unschärfe

Offener Brief von Gunter Weißgerber an Sigmar Gabriel vom 16. November 2013

Lieber Sigmar,

Du hast vom Parteitag ein ausgezeichnetes Wahlergebnis erhalten. Vierundachtzig Prozent sind ein starkes Mandat. Die Bundestagsparteien suchen derzeit mit einer wesentlich geringeren Zustimmung auf der Basis des Bundestagswahlergebnisses nach einer verantwortlichen Bundesregierung.

Allerdings mache ich mir große Sorgen um die älteste demokratische Partei in Deutschland. Eine Partei, die in ihrer Geschichte von Rechtsextremen verboten und durch diese verfolgt wurde. Eine Partei, die genauso durch Linksextreme verboten und durch diese verfolgt wurde. Die Sozialdemokraten, die durch Antidemokraten zu Tode kamen, sind noch immer tot. Die extremen Gesinnungen leben dagegen noch immer fort. Und bleiben gefährlich, nicht nur für die SPD. Du weißt dies alles sehr genau, hast dies zum 150. Geburtstag des ADAV in Leipzig in diesem Mai auch wunderbar beschrieben. Dies schrieb ich Dir dankend im Wonne-monat Mai sofort.

Ungeachtet dieser schmerzvollen Geschichte entschied der jüngste SPD-Bundesparteitag in Leipzig, Kooperationen mit rechtsextremen Parteien und Anschauungen auszuschließen und im gleichen Atemzug kein Wort über die gleichen Gefahren am linken Rand unserer Gesellschaft zu verlieren. Diese demokratische Unschärfe ist so bemerkenswert wie bedenklich.

An dieser Stelle möchte ich Dir eine Episode schildern, die mir im April dieses Jahres widerfuhr. Anlässlich eines Studienjahrestreffens in Freiberg sprach mich ein ehemaliger Kommilitone auf von mir im Herbst 1978 gemachte Aussagen zur SED an. Er drückte mir gegenüber seine Hochachtung dafür aus, daß ich 1989 genau das durchzog, was ich vor 35 Jahren in offener Runde sagte: „Ich werde nie in die SED gehen! Meine Partei gibt es schon, die ist in Westdeutschland in der Regierung und wenn es hier einmal eine SPD geben wird, werde ich dabei sein.“ Ähnlich argumentierte ich übrigens nicht nur einmal. Aus meiner Grundhaltung machte ich damals im Freundeskreis wenig Hehl. „Damals“ war übrigens eine lange, bleierne Zeit vor der friedlichen

Revolution 1989, an die 1978 noch niemand dachte. Auch das letzte Mauerofer Chris Gueffroy hatte noch elf Jahre des Lebens vor sich.

Warum schreibe ich Dir das alles? Weil ich sehe, daß die Partei, für die auch ich ein bißchen was riskierte, in ihrer Not, ein Wahlergebnis nicht annehmen zu wollen und in ihrem Drang, dem Verhandlungspartner am möglichen Koalitionstisch die Waffenkammer zeigen zu sollen, in ihren Mitteln unanständig wird und wie der Zauberlehrling Geister ruft, die sie nie wieder wird bändigen können.

Ihr habt eine mögliche Kooperation mit den sogenannten Linken dieser Republik fachlich konditioniert. Dies genügt nicht! Die innere Grundhaltung der Linken zum Extremismus, zu linken Terrorsystemen gilt es genauso zu hinterfragen.

Von den Rechtsextremen wollen wir doch auch wissen, wie diese Konsorten zu ihren Ahnherren Hitler, Goebbels usw. stehen. Uns ist überhaupt nicht egal, was diese Leute unterhalb ihrer „Sachpolitik“ an ideologischem Fundament mit sich rumschleppen.

Was ein führendes Mitglied der Linken von Lenin und dessen Antidemokratismus, von dessen Menschenverachtung und von dessen erheblichem Initialanteil zu millionenfachem Mord hält, dies spricht die SPD des Jahrgangs 2013 nicht an. Weil es unbequem und störend ist? Ihr wollt der sich momentan Linke nennenden Partei mit euren Konditionen auf den Weg zu verantwortlicher Politik verhelfen? Dann helft ihr doch auch beim Loslassen inhumaner Ideologien. Diesen Schritt in die Zivilisation darf die SPD dieser Partei nicht ersparen.

Lieber Sigmar, die SPD spielt mit dem Geschick dieser Republik in unverantwortlicher Weise, wenn sie den Linken durchgehen läßt, was sie den Rechten zu recht niemals durchgehen lassen wird. Und sollte das Katz- und Mausspiel mit der Union dahin gehen, daß eine Ablehnung des Koalitionsverhandlungsergebnisses oder ein ständiger Koalitionskrach in den nächsten Jahren zu einem SPD-SED-Grünen Kanzler führen werden, dann wäre der nächste Schritt zum Niedergang der SPD getan.

1989 sind wir für freie Wahlen auf die Straße gegangen. Für ein endlos-Wählen-bis-uns-die-Regierung-paßt kam uns nicht in den Sinn. Sicher ist der Gedanken verführerisch, das Wahlergebnis nachträglich faktisch in einen Sieg der Bundestagswahlverlierer umzudrehen und Frau Merkel in die Opposition zu SPD-SED-Grün zu verbannen. Doch können dies nur Leute wollen, die wie Lenin und Konsorten aus einer Minderheit verbal eine Mehrheit (Bolschewisten) zurechtfanden. Der SPD sollten solche Strategien fremd sein.

Es ist eine riskante Gradwanderung, in die ihr die SPD treibt. 1990 zählte die SPD eine Million Mitglieder. Mit Lafontaines Putsch 1995 in Mannheim begann das große Auszehren. Solltet ihr den nächsten faktischen Putsch, dieses Mal im Bundestag, vollziehen, werdet ihr die Partei ein weiteres Mal dezimieren.

Die schöngerechnete arithmetische Mehrheit gegen die Union ist beileibe nicht mit einem erhofften Rückhalt in der Bevölkerung gleichzusetzen.

Je stärker ihr die Linke umgarnt, um so dünner wird es in der Mitte. Schändlich ist es ohnehin.

*(Gunter Weißgerber war Gründungsmitglied der SDP, sozialdemokratischer Redner der Leipziger Montagsdemonstrationen 1989/90, Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer 1990 und Mitglied des Deutschen Bundestages 1990–2009.)*

## Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Bergsträßer Anzeiger...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter [uokg-wochenrueckblick@gmx.de](mailto:uokg-wochenrueckblick@gmx.de).

# Innere Machtkämpfe

## Die (Selbst-)Auflösung des MfS/AfNS

Von Reinhard Dobrinski (Teil 1)

Die Friedliche Revolution jährt sich 2014 zum 25. Mal. Eine Annäherung an diesen zeitgeschichtlich einmaligen Vorgang in der deutschen Geschichte, den Zusammenbruch der auf einen hochgerüsteten Macht- und Repressionsapparat gestützten SED-Diktatur und die (Selbst-)Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit (MfS/AfNS) als wichtigstem Herrschaftsinstrument der SED-Oligarchie, ist unvermeidlich an die den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR vor- und nachgelagerten Vorgänge zu binden. Die zahlreich vorliegenden Publikationen bewegen sich um diesen kurzen, aber inhaltsreichen Zeitabschnitt der DDR-Geschichte. Verfolgungsoffer, Historiker, Juristen, Medienvertreter, Politiker, ehe-

„Runder Tisch“. Wolfgang Ullmann erhielt dort den Auftrag, Bischof Gottfried Forck um Mitarbeit zu bitten. Der Bischof stimmte zu und die Kirche stand im Zentrum einer keimenden Revolution. Diese Idee, was war naheliegender, kam der SED entgegen und wurde von ihr aufgegriffen. Den entsprechenden Beschluß des Politbüros der SED zur Einberufung Runder Tische verkündete Egon Krenz bereits am 23.11.1989 in einem Interview mit dem Chefredakteur des Neuen Deutschlands (ND), Wolfgang Spickermann (ND vom 24.11.1989). Durch die nach wie vor DDR-weite Verbreitung des SED-Zentralorgans ernteten die um Krenz verbliebenen Altkader den psychologischen Erfolg: die Einleitung der Wende zur Demokratie durch die SED!

durch das unsichtbare Sicherheitsnetz der kalkulierten Stimmgleichheit entschärft worden. Außerdem konnte man auf eine abschirmende Haltung der verborgenen Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) in den Reihen der neuen demokratischen Kräfte bauen. Erinnert sei hier an diese Helfer in der Not im Demokratischen Aufbruch (Wolfgang Schnur), in der SDP (Ibrahim Böhme) und in der CDU (Lothar de Maizière). Die Hoffnungen der SED, die oppositionelle Bewegung zu kanalisieren und zu paralisieren, zerschlugen sich allerdings schon im ersten Kräftenessen am Runden Tisch. Ein schwerwiegender, wahrscheinlich unterschätzter Wirkungsfaktor entwickelte sich unkontrolliert und war nicht mehr in der „Büchse der Pandora“ zu bändigen: die Rede- und Pressefreiheit! In ihrer öffentlichen Wirkung zerschlug sie das Meinungsbildungs- und Wahrheitsmonopol der SED im Handumdrehen. Was vierzig Jahre Bestand hatte, wurde durch die Berichterstattungen der Medien (in Ost und West) schlagartig hinweggefegt.

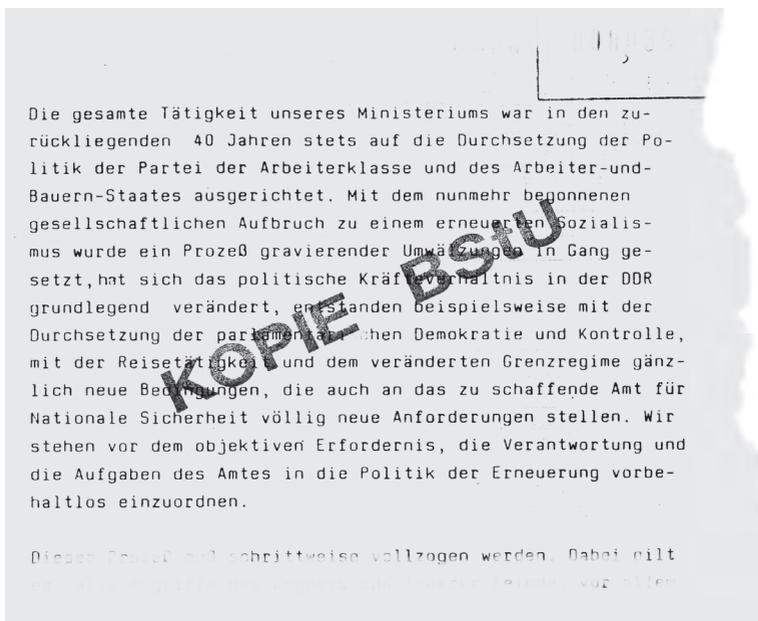


Abb. 1: Aus der Erklärung des Mielke-Kollegiums vom 15.11.1989. Quelle: BStU (Fin, 619 Pag. 39)

malige DDR-Verantwortungsträger sowie Vertreter der Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen haben ein ungebrochenes Interesse, den Archiven noch Verborgenes zu entreißen. Zeitzeugen als Speicher historischen Wissens, inzwischen auch von einigen Historikern akzeptiert, werden gewonnen, ihre Erlebnisse der historischen Forschung zugänglich zu machen. Bei allen Defiziten der juristischen Aufarbeitung der DDR-Diktatur, erschloß sie doch tiefe Einblicke in die Staatspraxis der DDR-Diktatur.

Am 10.11.1989, einen Tag nach der Öffnung der Berliner Mauer, diskutierten Bürgerrechtler und Kirchenvertreter das Projekt

genden Textes ist wieder MfS-üblicher Jargon. Dieser Vorgang erklärt sich vielleicht nur mit den Machtkämpfen auf höchsten Entscheidungsebenen der DDR.

Der Zentrale Runde Tisch (ZRT) trat erstmals am 7.12.1989 zusammen. Es folgten Einberufungen Runder Tische in Städten und Gemeinden. Das Grundprinzip der Parität zwischen den alten Parteien und Massenorganisationen einerseits und den neuen politischen Akteuren andererseits schuf nach dem Willen der SED den notwendigen Freiraum für ein Spiel auf Zeit. Selbst bei schlimmsten „bei Tisch“ vorgetragenen revolutionären „Angriffen“ wären diese

Noch vor dem Krenz-Interview, unmittelbar nach Mielkes Rede, wird am 15.11.1989 eine Erklärung des Mielke-Kollegiums verfaßt, die wie ein Irrlicht im Raum steht und deren Authentizität fast in Zweifel gezogen werden muß. Danach war diesem Gremium schon damals klar, daß es in der DDR eine grundlegende Änderung des politischen Kräfteverhältnisses und eine Hinwendung zur parlamentarischen Demokratie gebe (Abb. 1). Die Diktion des nachfol-

Doch Hans Modrow und Gregor Gysi dachten natürlich nicht daran, die Kommandobrücke des leckgeschlagenen Dampfers DDR überstürzt zu verlassen. Schwer durchschaubare Wendemanöver machten Modrow zum Hans im Glück. Aus der Becherschen Nationalhymne entlieh er den bis vor kurzem noch verhaßten Satz „Deutschland einig Vaterland“ und überrumpelte so die neue Opposition. Damit nicht genug, es folgte die Kreation einer „Regierung der nationalen Verantwortung“, in dem er Vertretern des Runden Tisches Ministerämter anbot. Die gefühlte Teilhabe an der Macht verfehlte ihre Wirkung nicht. Mit diesem Angebot (von Wahlbetrügerei) sah man die SED entmachteter. Damit das Gros der DDR-Bürger ihm dieses Bekenntnis zur „Demokratie“ abnahm, verkündete Hans Modrow die Bildung einer „Regierung der nationalen Verantwortung“. Diese Manöver zähmten die Friedliche Revolution auf nachhaltige Weise: Der sterbenskranke Patient SED&Nachfolger überlebte nicht nur, sondern behielt lange noch unangefochten die Hoheit über DDR-, Koko-, Parteivermögen und den Staatshaushalt, eingeschlossen den Übergangshaushalt für das MfS/AfNS. Und nur darauf kam es an. Nicht unwesentlich war in dieser Situation, daß die SDP (die neugegründete Ost-SPD) anlässlich der 8. Sitzung des ZRT ein Loyalitätsbekenntnis gegenüber der Modrow-Regierung abgab. Für das Neue Deutschland ein Grund mehr, diese Erklärung landesweit zu verbreiten, denn in den Reihen der einstigen Blockpartei CDU wurde gegen den Willen Lothar de Maizières

über einen Austritt aus der Koalition nachgedacht.

Am 19.1.1990 berichtete das SED-Zentralorgan: „Die SPD beispielsweise bekundete die Notwendigkeit der Loyalität zur Regierung bis zu den Wahlen am 6. Mai, um ein arbeitsfähiges Staatsinstrument zu besitzen. Alles, was für zusätzliche Unsicherheit im Lande Sorge, lehne sie ab...“ Daß diese Loyalitätsbekundung jeder Grundlage entbehrte und die Friedliche Revolution zu einer Revolution auf Filzlätschen zu wandeln suchte, zeigen noch in gleicher Sitzung anstehende Beratungspunkte. So wurde dem Regierungsvertreter eine Mißbilligung ausgesprochen, weil das Modrow-Kabinett noch die letzte Volkskammersitzung nutzte, ein verfassungsänderndes Gesetz im Alleingang durch die Hintertür auf den Weg zu bringen. Außerdem wurde den sich täglich häufenden Hinweisen auf Amtsmißbrauch und Korruption begegnet, indem die Rechtmäßigkeit aller nach dem 7. Oktober erfolgten Verkäufe von Grundstücken und Sachwerten einer Überprüfung unterzogen werden sollte. Ein Kriminalitätsfeld, daß die MfS-/AfNS-Auflöser im Modrow-Auftrag zugunsten der Käufer von MfS-Immobilien, Ausrüstungen und anderen materiellen Werten bis zuletzt auf einfache Weise vor den Kontrolleuren des Bürgerkomitees Normannenstraße abzuschern mußten.

Um den politisch einzuschlagenden Kurs nach dem 7. Oktober 1989 wurden, wie MfS-interne Dokumente belegen, innerhalb der SED – das MfS nicht ausgenommen – Richtungskämpfe ausgefochten, die in diesem frühen Stadium auf den Verlauf der Friedlichen Revolution Einfluß genommen haben. In einem damals wie heute wenig beachteten Spaziergangsgespräch (Die Zeit Nr. 29 vom 13.7.1990) jammerte sich Markus Wolf gegenüber seinem Begleiter Ben Witter darüber aus, daß seine Beratertätigkeit für Krenz seinerzeit zu früh öffentlich geworden sei, und daß er dessen Sturz unterstützt habe. Die Deutung, der gefeierte Meisterspion habe die Last einer schwerwiegenden persönlichen Fehleinschätzung durch öffentliches Bekenntnis ablegen wollen, dürfte den Kern treffen. Er wußte, und das belegen Berichte auf ihn angesetzter IM, daß nicht wenige innerhalb der SED das Duo Modrow-Wolf als Hoffnungsträger sahen. Der IMB „Hagen“ berichtete am 11. Oktober 1989 gegenüber seinem Führungsoffizier der HA VII von einem Besuch Wolfs bei einem befreundeten Künstler und den geführten Gesprächen. Auf die Frage, wann er endlich mit seinem Dresdner Freund in Erschei-

nung trete, habe Wolf mit einem Lächeln reagiert und darauf verwiesen, „...daß die Sicherheitsorgane der DDR aufgrund der gegenwärtigen politischen Lage gespalten sind“. (BStU, HA VII/13 Pag. 21)

Die Galionsfigur der Tschekisten hatte sich im „russischen Roulett“, das über die Frage der Macht und den Zugriff auf das SED, MfS-, KoKo-Vermögen über konspirative Transaktionen auf internationalen Finanzplätzen unter Mitwirkung der Nomenklatura des DDR-Banken- und Finanzsystems entscheiden sollte, nicht für Modrow entschieden, sondern auf die falsche Seite geschlagen.

Bis heute nicht schlüssig zu beantworten ist aus meiner Sicht die Frage, ob die „Spaltung der DDR-Sicherheitsorgane“ im November und Anfang Dezember in die handstreichartige Entmachtung des Mielke-Kollegiums mündete. Der rasante Aufstieg des Leiters der Bezirksverwaltung von Frankfurt/Oder, Heinz Engelhardt, an die Spitze des MfS/AfNS entgegen der militärischen Laufbahnordnung spricht für diese Annahme. Er gehörte einem mit Sondervollmachten ausgestatteten engen Kreis von Modrow-Getreuen an. Beweisrang erlangt diesbezüglich ein Protokoll, das eher zufällig das herausgehobene Handeln Engelhardts in der MfS-Zentrale noch vor der Verhaftung Erich Mielkes und der ersten Zusammenkunft des Zentralen Runden Tisches offenlegt. In der Beratung des Arbeitsstabes zur Auflösung des AfNS am 22.3.1990 (Archiv: FORUM), die u.a. den Eklat um den Siegelbruch und geöffnete Panzerschränke in der Mielke-Etage nach von VP-Wachposten auf Kontrollgängen beobachtetem Lichtflackern behandelt, sah sich Engelhardt in Erklärungsnot. Im Beratungsprotokoll ist seine Wortmeldung wie folgt verzeichnet: „Herr Engelhardt: verweist darauf, daß auf seine Veranlassung im Beisein des Herrn Braun und Militärstaatsanwaltschaft am 6.12. die Räumlichkeiten versiegelt wurden, und von diesem Tag an haben MA des Amtes diese Räumlichkeiten nicht mehr betreten.“

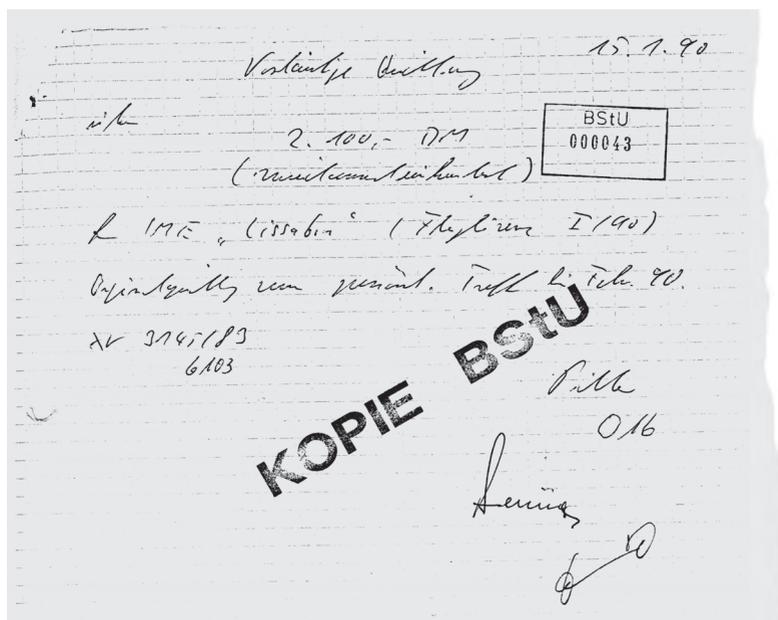


Abb. 2: Quittung über 2100 DM an IME „Lissabon“ für eine Fluglizenz am 15. Januar 1990 – die Finanztransaktionen des MfS gingen weiter. Quelle: BStU

Die Vorgänge in den Schaltzentralen des Partei- und Sicherheitsapparates waren offensichtlich synchron gesteuert. Sie sind Indiz dafür, daß eine Clique um Modrow nach dem Sturz des Politbüros am 3. Dezember, nach außen als Rücktritt verbreitet, die Macht an sich gerissen hat. Eine „Palast-Revolution“, die mit der Besetzung und Versiegelung der Politbüro-Etage im Gebäude des Zentralkomitees der SED und der Verweigerung des Zutritts für hochrangige ZK-Mitarbeiter die alten Machtstrukturen beseitigte. Offensichtlich war auch nur ein erlesener Kreis von MfS-Offizieren eingeweiht worden. Aus dem ehemaligen Mielke-Kollegium waren nur Werner Großmann, Wolfgang Schwanitz, Werner Hennig (dieser bis 31.3.90) und Günter Möller vertreten.

Ausführungen des 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung des MfS, Rolf Scheffel, in der Kreisleitungssitzung am 4. Dezember 1989 stützen diesbezügliche Rückschlüsse ebenfalls. Sichtlich betroffen informiert Scheffel die MfS-Delegierten für den SED-Sonderparteitag u. a. über die Situation im eigenen Hause und im Zentralkomitee der SED. Er berichtet, daß im ZK ein „...Arbeitsausschuß seine Arbeit aufgenommen habe und... Kontrollen... nicht durch unsere Genossen durchgeführt [werden], die bisher im ZK ihren Dienst getan haben, sondern durch andere Kräfte. Das schafft auch eine außergewöhnlich komplizierte Lage.“ (BStU Fin 1397, 17/19) Daraus folgt, daß selbst das höchste Parteiorgan im MfS konspirativ in Unwissenheit gehalten wurde, was zugleich auf Informationssperre ge-

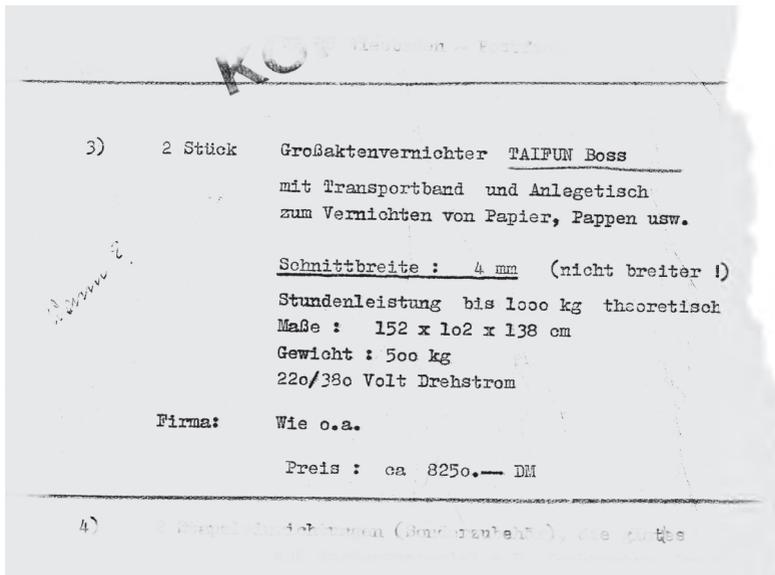


Abb. 3: Order der Abteilung XII an den Operativ-technischen Sektor vom 23.11.1968, hochleistungsfähige Aktenvernichter aus dem Westen zu beschaffen. Quelle: BStU

genüber dem MfS-Kollegium hinweisen könnte. Die SED-Kreisleitung des MfS hatte geschlossen ihren Rücktritt erklärt, aber aus Verantwortung vor dem erneuerten Sozialismus Stunden später widerrufen. Die Gesamtheit dieser Vorgänge bildet bis heute einen weißen Fleck in der historischen Forschung.

Mit der Verhaftung Mielkes am 6. Dezember 1989, noch vor der ersten Zusammenkunft des Runden Tisches, glaubte Modrow nicht nur ein Zeichen „guten“ Willens zu setzen, sondern er ging mit einiger Wahrscheinlichkeit davon aus, sich auch den oppositionellen Kräften als der Hoffnungsträger für eine demokratische Erneuerung in der DDR zu empfehlen. Kurzzeitig ging das sogar auf.

Heute stehen wir immer noch an der Erkenntnisschwelle zu den historischen Ereignissen zwischen Ende 1989 und Frühjahr 1990. Dominant ist dabei die Frage der Aktenvernichtung. Aktivitäten von MfS-Mitarbeitern, die ihre Grenzen in heißlaufenden Reißwölfen und im konsequenten Wirken der Bürgerkomitees fanden, sind wesentlicher Teil der Revolutionsgeschichte. Schnell, zu schnell aus meiner Sicht, wurde die postrevolutionäre Historiographie auf diesen Punkt fixiert: „Während Bürgerrechtler die verhaßte Stasi-Zentrale stürmten und jede weitere Aktenvernichtung stoppten, durfte die Auslandsspionage ihr Archiv mit Zustimmung der friedlichen Revolutionäre in eine Dependence auslagern. Hier liefen bis zum 9. April 1990... die Schredder. Dann meldete der letzte Kommandant, Oberst Bernd Fischer, Vollzug: Sämtliche Spuren seien getilgt.“ (Spiegel 3/1999)

standen. Nach meinen Feststellungen bezog das MfS bereits 1968 hochleistungsfähige Aktenvernichter, Typ „Taifun Mister x“ und „Boss“, aus dem Westen mit einer Zerkleinerungsleistung bis zu einer Tonne Papier pro Stunde. Bedingung: spionagesichere Zerkleinerung des Schriftgutes (Abb. 3). Verfestigt wurde diese Kenntnislage wider besseres Wissen auch durch den Koordinator des Bürgerkomitees Normannenstraße David Gill: „Dies führte dazu, daß ab dem 4. Dezember 1989 in allen Bezirksstädten der DDR die Bezirksverwaltungen für Staatssicherheit [BVfS] von Bürgerkomitees besetzt wurden, die fortan deren Tun überwachen, insbesondere die offensichtlich voranschreitende Aktenvernichtung der Stasi-Mitarbeiter beenden wollten.“ (Suckut/Weber Hg.: Stasi-Akten zwischen Politik und Zeitgeschichte. Eine Zwischenbilanz, OLZOG München 2003)

Allein die Tatsachenbehauptung, daß alle BVfS von Bürgerkomitees besetzt wurden, hält einem Vergleich mit den tatsächlichen Abläufen nicht stand. Bürgerkomitees, sogenannte autorisierte Gruppen und Kommissionen traten in den BVfS als Kontrolleure der Liquidation auf; dabei unübersehbar die Dominanz der Staatsanwaltschaften bzw. Militärstaatsanwaltschaften. In Berlin wurde die Bezirksverwaltung am 19. Dezember durch eine Kommission zur Auflösung der BVfS „besetzt“. Dies war, was Gill wohl nicht mehr gegenwärtig war, einer ND-Meldung vom 18.12.1989 zufolge ein Akt der SED/PDS: „Im Auftrage der Regierung Modrow konstituierte sich am Sonntag der Berliner Kontrollausschuß zur Auflösung des AfNS. Sprecher, Dr. Michael Kummer, informierte, daß Parteien, Bürgerbewegung, der RT, StA, VP beteiligt sind.“

Diese Darstellung oder andere, nur in Nuancen abweichende, wurden über die Jahre auf die Aktenvernichtung ausgerichtet. Unentbehrlich dabei die Hinweise auf die heißgelaufenen Reißwölfe. Eine Festschreibung, die bestenfalls als halbe Wahrheit gelten kann. Keinesfalls ist zutreffend, daß im Mielke-Apparat nur leistungsschwache Aktenvernichter zur Verfügung

Nach einem Interview des Kommissionsmitglieds Bernd Madaus (NDPD), das er zufällig(?) am 15. Januar der Nationalzeitung, Organ seiner Partei, gab (NZ vom 16.1.1990), sollten die Angehörigen von Parteien „...in Sicherheitspartnerschaft mit Vertretern der Bürgerkomitees sowie der Staatsanwaltschaft...“ dafür sorgen, „daß das Schriftgut sicher aufbewahrt ist“. Im Bericht der DDR-Regierung, der vom ZRT für den 15.1.1990 gefordert wurde, vorgetragen durch den stellv. Staatssekretär Michael Sauer, heißt es besänftigend: „Das trifft auch auf die Zentrale des Amtes für Nationale Sicherheit selbst zu. In Zusammenarbeit mit Bürgerkomitees wird an Lösungen zum weiteren Umgang mit dem Schriftgut gearbeitet.“

Zum Zeitpunkt des Madaus-Interviews stand der „Sturm“ auf die Stasi-Zentrale in der Normannen-Straße kurz bevor; Hans Modrow und Staatssekretär Michael Sauer waren zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich mit der „Synchronisation“ des vor dem ZRT zu erstattenden Berichts befaßt. Der vollständige Wortlaut des Regierungsberichts wurde übrigens nur in der Nationalzeitung am 16. Januar abgedruckt. Das Zusammenfallen von Ereignissen am 15. Januar 1990 in der Hauptstadt der DDR kann bei Blauäugigkeit für eine Anhäufung von Zufällen gehalten werden, ist meines Erachtens jedoch ein ausgeklügeltes Täuschungsmanöver der Modrow-Regierung und der sie tragenden SED/PDS sowie der (Block-)Parteien.

Die Vorgänge um die Aktenvernichtung spiegeln sich – anders als Madaus in seinem Interview mit Erklärungen zur „gleitende[n] Aktenvernichtung“ glaubhaft zu machen sucht – seit Oktober 1989 in einer diffusen Gemengelage wider. Die auch in jüngeren Veröffentlichungen immer wieder erwähnte Aktenvernichtung vor dem 4. Dezember und Schwanitz' Vernichtungsstopp vom 5. Dezember 1989 erlangten dabei den Rang einer unumstößlichen Tatsachenfeststellung. Verfügbare Quellen, darunter nicht nur der Abschlußbericht der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) vom 25.6.1990 (DB Drs. 13/10900 S. 639 ff.), stehen dem entgegen. Der von der HV A vorgelegte Abschlußbericht führt zur Aktenvernichtung in schon triumphierender Weise aus, daß die Aktenbestände von Oktober 1989 bis Februar 1990 radikal reduziert wurden. Es ist sogar davon auszugehen, daß ab Februar 1990 mit Wissen und Billigung aller Beteiligten die Aktenvernichtung auf breiter Basis unter Einsatz effizienterer Lösungen noch forciert wurde.

(Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)

## Nordkoreanischer Waffenschmuggel

Der vor wenigen Monaten erschienene Jahresbericht des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen hebt deutlich hervor, daß Pjöngjang „verstärkt auf den illegalen Verkauf von Rüstungsgütern“ setzt; Wachsamkeit sei gefordert. Zweifellos ist bei diesem Waffenschmuggel der „Demokratischen Volksrepublik Korea“ die Dunkelziffer recht hoch, doch gelingt es den Sicherheitsstellen in den verschiedenen Ländern immer wieder, solche Geschäfte aufzuspüren. Bereits vor sechs Jahren hatte die UNO das Regime in Pjöngjang mit einem Waffenembargo belegt.

Vor Monaten stoppten die Behörden Panamas das nordkoreanische Schiff „Chong Chon Gang“, das – in fünf Containern „für braunen Zucker“ versteckt – verbotene Raketentechnologie mit sich führte. Die Behauptung in diesem Fall, die Fracht bestünde aus veralteten Waffen, die im Norden Koreas überholt und dann nach Kuba zurückgeschickt werden sollten, schien sehr unglaubwürdig. Schon im Sommer 2010 war dasselbe Schiff wegen illegaler Waffentransporte festgehalten worden. Erst Mitte März

dieses Jahres hatte Japan ein Schiff Nord-Koreas, das unter der Flagge von Singapur fuhr, beschlagnahmt. Ein Jahr zuvor passierte ein ähnlicher Fall mit Waffen für Syrien und Myanmar (früher Birma).

Der südkoreanische Geheimdienst behauptet, zuständig für diese Aktionen sei das „Büro 39“ in Pjöngjang, das von dem Spionage-Spezialisten Jon Il-chun geleitet werde. In Seoul glaubt man, der Norden verdiene mit seinen dunklen Waffenverkäufen (besonders Raketentechnologie) jährlich 1,5 Milliarden US-Dollar.

Vieles nimmt seinen Weg per Containerschiff. Vermutlich geht heutzutage noch manches auf dem Landwege durch China und ebenso Rußland, auch wenn jene Staaten das Gegenteil beteuern. Wie stets in diesem Milieu läuft vieles über Tarnfirmen, wie etwa die „Union Top Management“ in Hongkong, an deren Spitze ein gewisser Dario Cabrero Garmendia aus Barcelona steht, der allerdings in ganz Spanien völlig unbekannt ist. Ähnliche Firmen sollen in Hongkong und Singapur bestehen. Seit schätzungsweise 25 Jahren erfolgen solche Waffen-Verkäufe

nach dem Iran, Syrien und dem Jemen sowie lange Zeit ebenso nach Ägypten und Libyen.

Angesichts der Nachfrage in vielen Teilen der Welt und vor allem der eigenen Wirtschafts- und Finanzmisere setzt Pjöngjang solche Waffen-Geschäfte trotz des Verbots des UN-Sicherheitsrates verstärkt fort: Im August 2009 stoppte die indische Marine im Golf von Bengalen ein solches Schiff, und kurz danach griffen die Vereinigten Arabischen Emirate ein nordkoreanisches Cargo-Schiff mit Waffen für den Iran auf. Im Dezember 2010 beschlagnahmten thailändische Stellen erstmals ein Cargo-Flugzeug aus dem Norden Koreas mit 35 Tonnen Waffen (zumeist Raketen) im Wert von ca. 15 bis 18 Millionen Dollar. Ziel war angeblich Sri Lanka, nach anderen Versionen der Iran oder auch afrikanische Rebellen-Gruppen.

Wie auch immer, der Vorfall in Panama wird nicht der letzte dieser Art gewesen sein.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

## Mysteriöse Flucht aus Bern

Bekanntlich hat der heutige Diktator Nord-Koreas, Kim Jong-un, mehrere Jahre die Schule in einem Vorort Berns besucht, wenn auch unter dem Namen „Pak Chol“, mit der Identität des Sohnes des Chauffeurs des dortigen nordkoreanischen Botschafters. Dessen lange Vertrautheit mit Jong-uns Vater Kim Jong-il war zweifellos der Anlaß, den Jungen gerade in die ferne Schweiz zur Ausbildung – und ebenso zur Überwachung zu schicken. Nach der alten Lenin-Devise „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ entsandte seine Mutter ihre jüngere Schwester Ko Yong-shuk mit ihrem Ehemann als „diplomatisches Personal“ ebenfalls in die Hauptstadt der Eidgenossenschaft.

1998 indes verschwanden diese beiden und galten bis zu den letzten Oktober-Wochen bei der zuständigen Kantonspolizei als verschollen. Nach einer anderen Version hat die Botschaft Nord-Koreas dem Schweizer Außenministerium mitgeteilt, das Ehepaar hätte die Schweiz verlassen und sei nach Pjöngjang zurückgekehrt. Tatsächlich hatte es damals die US-

Botschaft in Bern um Asyl gebeten. Die Amerikaner aber informierten darüber nicht den südkoreanischen Botschafter in Bern und zweifellos auch nicht die eidgenössischen Behörden. Daß der Schweizer Nachrichtendienst die Position und wahre Aufgabe von Frau Ko Yong-shuk durchschaut hatte und sich über ihr Verschwinden manche Gedanken machte, darf unterstellt werden.

Unter welchen genauen Umständen jene zwei Nord-Koreaner dann nach Deutschland kamen, ist bis zum heutigen Tage nicht bekannt; mit einem Diplomaten-Wagen ist dies sehr leicht möglich. Unbestritten ist, daß sie von Frankfurt/Main aus in die Vereinigten Staaten geflogen wurden. Dies alles wurde Anfang November durch eine (gezielte?) Indiskretion des US-Spionagedienstes über einen ranghohen südkoreanischen Geheimdienst-Offizier in eine Seouler Tageszeitung lanciert.

Daß das Ehepaar jetzt in den USA unter falscher Identität und – wie jene Zeitung meldete – nach chirurgischen Operationen

mit neuen Gesichtern lebt, erachteten die US-Sicherheitsstellen wohl für notwendig. Denn gegen Kim Jong-uns älteren, aber abtrünnigen Bruder Kim Jong-nam erfolgte im Auftrag Jong-uns in diesem Frühjahr ein Mordversuch. Seitdem ist auch er „verschollen“, tatsächlich wird er in Singapur bereits vor Monaten ebenfalls zu den Amerikanern übergelaufen sein.

Das alte Sprichwort „Blut ist dicker als Wasser“ bedeutet, daß familiäre Bindungen stärker sind als alles andere. Mit Ausnahme des Sogs der Freiheit! Das gilt sogar für Nord-Korea.

Fr.-W. Schlomann

### Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

# Generelle Überprüfung

## Abschlüsse der Juristischen Hochschule Potsdam prinzipiell untersuchen

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) begrüßt das Vorhaben der Grünen, die Promotionsarbeiten der Juristischen Hochschule Potsdam zu überprüfen. Jedoch ist dies der IGFM zu wenig: Auch Diplomarbeiten und Facharbeiten für Fernstudienabschlüsse, für die akademische Grade und Titel vergeben wurden, müssen einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Der IGFM liegen vier Diplom-Arbeiten und zwei Facharbeiten vor, in denen sich die Autoren mit der „Feindorganisation IGFM und Möglichkeiten ihrer Zersetzung“ befassen und daher eher in den Bereich der Propaganda und Hetze fallen. Sie eigneten sich vielleicht als Bewerbung für den Dienst bei der Staatssicherheit, halten aber den Anforderungen an einen akademischen Titel oder Grad nicht stand. Diese Arbeiten zeichnen sich aus durch strikte Kürze, Nachplappern und Auflistung von Befehlen, mangelnde orthographische Sicherheit und vor allem fehlende eigene Meinung.

Auch wenn die Verjährung einerseits und die Schließung der Juristischen Hochschule Potsdam andererseits die Absolventen vor Konsequenzen schützen, ist es eine Notwendigkeit der Aufarbeitung, dort für reinen Tisch zu sorgen, wo die führenden Kader für ihre schmutzige Spitzel- und Zersetzungstätigkeit ausgebildet wurden. Bei zwei Absolventen, deren der IGFM vorliegende Abschlusarbeiten als vertrauliche Verschlusssache archiviert wurden,

kann die Organisation nachweisen, daß sie als Offiziere der Staatssicherheit für Fälschungen zulasten der IGFM mitverantwortlich waren.

Die IGFM wurde wegen ihres Einsatzes für politische Gefangene und Verfolgte in der DDR per Befehl des Ministers für Staatssicherheit, Erich Mielke, 1977 zum Staatsfeind erklärt, der wirksam aufgeklärt, bekämpft und schrittweise liquidiert werden sollte. In den Jahren bis zum Mauerfall waren die IGFM und ihre Mitglieder im Westen Deutschlands Ziel von Zersetzungsmaßnahmen, die bis in den persönlichen Bereich hineinreichten. Insbesondere auf gefälschten Briefköpfen und mit gefälschten Unterschriften verbreitete Falschinformationen sollten „die IGFM national und international diskreditieren, Mitglieder verunsichern, Unruhe und Unsicherheit bei den Förderern erzeugen, Spannungen im Verhältnis der IGFM zur Bundesregierung vertiefen und sie in eine Verteidigungs- und Rechtfertigungsposition bringen“, so zentrale Ziele der MfS-Konzeptionen zur Zerstörung der IGFM. Daran beteiligt haben sich aktiv

auch Journalisten, die im Auftrag von Zeitungen, Zeitschriften (z.B. Stern) und Fernsehanstalten (z.B. SFB) selbst um „belastendes Material“ bei der Staatssicherheit nachgesucht oder um Zeugengespräche in der DDR zum Nachteil der IGFM gebeten hatten oder angebotenes Material im Wortlaut der Vorgaben des Staatssicherheitsdienstes verbreitet hatten. An entscheidender Stelle der Vorbereitung solcher Störaktionen saßen Absolventen der Juristischen Hochschule Potsdam.

Ein Absolvent nennt als Ziele seiner Diplomarbeit: „Neben diesen Aufgabenstellungen [Erstellung eines Auskunftsberichts „über die IGFM zur wirksamen Bekämpfung dieser Feindorganisation“] dient diese Arbeit ... die Qualifizierung der Vorgangs- und Untersuchungstätigkeit, der IM-Arbeit ins und im Operationsgebiet sowie zur Ausbildung und Qualifizierung der Kader zu schaffen.“ (vertrauliche Verschlusssache JHS 001, Nr. 358/80, Juristische Hochschule Potsdam, 1980)

Karl Hafen  
Geschäftsführender Vorsitzender der IGFM

### Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD 2013

„Die monatlichen Zuwendungen für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen SBZ/DDR (SED-Opferrente) erhöhen wir. Für SED-Opfer, die haftbedingte Gesundheitsschäden erlitten haben und deshalb Versorgungsleistungen beantragen, werden wir gemeinsam mit den Ländern die medizinische Begutachtung verbessern...“

## Weitergehende Untersuchungen

(uokg) Auch der Dachverband der SED-Opfer unterstützt die Forderung der brandenburgischen Grünen nach Überprüfung der Dokortitel der juristischen Hochschule des MfS, hält aber weitergehende Überprüfungen für notwendig.

Die Grünen fordern, mehrere hundert Doktorarbeiten zu überprüfen, die zu

DDR-Zeiten an der juristischen Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit entstanden sind. Diese war zu DDR-Zeiten die akademische Kaderschmiede der Staatssicherheit. Die Grünen-Fraktion im brandenburgischen Landtag erklärte, im Prinzip müßten die Titel aberkannt werden.

Rainer Wagner, der Vorsitzende des Dachverbands der SED-Opfer UOKG, unterstützt diese Forderung: „Es wurde höchste Zeit, daß sich die Politik dieser offensichtlichen akademischen Schande angenommen hat. Die Potsdamer Dokortitel wurden für Thesen und Ideen verliehen, welche die Menschenwürde verletzen und beleidigten. Ihr Zustandekommen, oft durch Kollektivarbeiten, ent-

sprach nicht im geringsten akademischen Ansprüchen. Während Kritikern des DDR-Unrechtsstaates jede akademische Aufstiegsmöglichkeit verbaut wurde, wurden den Stasi-Bütteln Titel für ihre Gesinnung geschenkt.“

Wagners Forderung geht allerdings noch weiter. „Da alle DDR-Hochschulen streng ideologisch ausgerichtet waren, wäre es aber auch an der Zeit, auf den wissenschaftlichen Wert der anderen zu DDR-Zeiten verliehenen akademischen Titel zu schauen. Auch hier wurden oft akademische Weihen für Gesinnung verliehen. In jedem Fall müßten eine Unzahl von Ehrendoktorwürden der DDR-Hochschulen den Empfängern aberkannt werden.“

### Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonnabends, am 21. und 28. Dezember sowie am 4., 11., 18. und 25. Januar, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“, Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche

# Aufarbeitung in Europa

## Die Plattform Erinnerung und Gewissen

Am 12. und 13. November 2013 fand in der niederländischen Stadt Den Haag die Jahresversammlung der „European



Das Lesebuch für Schüler.

Platform of Memory and Conscience“ (Europäische Plattform Erinnerung und Gewissen) statt.

Diese Organisation besteht seit dem Jahr 2011. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, ein Netzwerk zu bilden, in dem Institutionen und Organisationen verschiedener Länder zusammenfinden, die sich der Aufarbeitung der totalitären Regime des 20. Jahrhunderts widmen. Zweck der Plattform ist es gemäß der Gründungsvereinbarung, „die Zusammenarbeit nationaler Forschungsinstitute, Archive, Museen und anderer Organisationen privater oder staatlicher Art zu fördern, die sich auf die Geschichte totalitärer Regime mit dem Schwerpunkt Nationalsozialismus, Kommunismus und andere totalitäre Ideologien spezialisiert haben, die Kooperation zwischen Archiven und anderen Institutionen zu fördern, die der Dokumentation totalitärer Regime verpflichtet sind, sowie die Kooperation zwischen solchen Organisationen zu fördern, die Bildungsprojekte über totalitäre Regime auf europäischem Boden durchführen“.

Präsident der Plattform ist Göran Lindblad, schwedischer Politiker, langjähriger Abgeordneter des schwedischen Parlaments und ehemaliger Vizepräsident der parlamentarischen Versammlung des Europarats. Die Plattform hat 43 Mitglieder aus 13 EU-Staaten sowie der Ukraine, Moldawien, Island, Kanada und den USA. Die Mitglieder kommen aus der Wissenschaft, von Gedenkstätten und Opferverbänden, aber auch private Initi-

ativen sind dabei. So gibt es neben dem bedeutenden polnischen „Institut der nationalen Erinnerung“ auch kleine, aber engagierte Organisationen, wie zum Beispiel einen Verein aus Bulgarien, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, das gigantische sowjetische Ehrenmal im Zentrum der Hauptstadt Sofia zu entfernen – getragen durch rein ehrenamtliches Engagement junger Menschen.

Aus Deutschland sind in der Plattform vertreten die Stasiunterlagen-Behörde, die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, die Stiftung sächsische Gedenkstätten, das Hannah-Arendt-Institut, der Meetingpoint Music Messiaen und die UOKG, ebenfalls Mitglied ist der europäische Dachverband ehemaliger politischer Häftlinge – die Internationale Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus (Interasso). Das Tagesgeschäft der Plattform erledigt ihre Direktorin, Dr. Neela Winkelmann, deren unermüdliches Engagement sich seit Jahren auf ehrenamtlicher Basis vollzieht. Dr. Winkelmann lenkt von Prag aus die Geschicke, wo ihr vom „Institut zur Erforschung totalitärer Regime“ ein Raum zur Verfügung gestellt wurde.

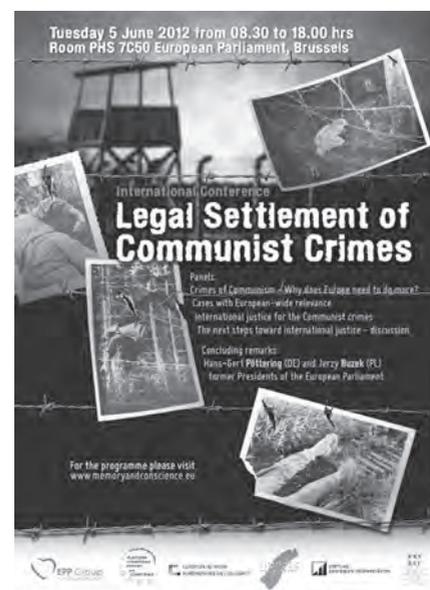
Die Aktivitäten der Plattform sind vielfältig. So veranstaltet sie internationale Kongresse, z. B. 2012 in Brüssel, hochkarätig besetzt, unter dem Titel „Rechtliche Wiedergutmachung von kommunistischen Verbrechen“, und in diesem Jahr in Warschau zum Thema „Moderne Formen der Erinnerung an die Opfer von Völkermord“. Darüber hinaus hat die Plattform eine Wanderausstellung mit dem Titel „Totalitarismus in Europa“ entwickelt, die an unterschiedlichen Orten in Europa gezeigt werden soll. In einem kurzen Überblick informiert sie über die Geschichte jener Länder, die von der Terrorherrschaft der Nazis und der Sowjets betroffen waren, ausgewählte Täter beider Regime werden biographisch vorgestellt.

Schließlich hat die Plattform ein Lesebuch für ältere Schüler mit dem Titel „Damit wir es niemals vergessen. Die Erinnerung

an den Totalitarismus in Europa“ herausgegeben. In dieser Veröffentlichung sind 30 Biographien ehemals politisch Verfolgter aus 16 Ländern zu finden.

Das Programm der Konferenz in Den Haag beinhaltete neben organisatorischen Fragen des Verbands auch ein inhaltliches Rahmenprogramm. So berichtete zunächst Kurt Schrimm, Leiter der zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg, über eine neue Welle der Strafverfolgung nach dem Demjanjuk-Prozess. Es folgte eine Podiumsdiskussion, u.a. mit der lettischen Europaabgeordneten Sandra Kallniete und Sandra Kramer von der Generaldirektion Justiz der Europäischen Kommission. Eine weitere Podiumsdiskussion beschäftigte sich mit dem Thema „Wurzeln des Totalitarismus“, es diskutierten Prof. Vytautas Landsbergis, MdEP, László Tökés, MdEP, Prof. Stéphane Courtois, Autor des Schwarzbuchs des Kommunismus, Prof. Theo de Wit, Universität Tilburg, und Jan Marinus Wiersma, MdEP a.D. Anschließend wurde die Wanderausstellung „Totalitarismus in Europa“ eröffnet. Am nächsten Tag stand der sehr interessante Besuch einer Verhandlung des Internationalen Strafgerichtshofs auf dem Programm.

Die Plattform bietet die Möglichkeit, die Anliegen der Opfer von Gewaltherrschaft auf europäischer Ebene zur Geltung zu bringen. Zudem gibt sie Gelegenheit, durch einen transnationalen Dialog neue Perspektiven zu entdecken und über den nationalen Tellerrand hinauszublicken. Es ist abzusehen, daß die Bedeutung der Plattform in den nächsten Jahren noch zunimmt.



Plakat des Kongresses 2012 in Brüssel.

## Erinnerung an Gerhard Finn (1930–2013)

Gerhard Finn ist tot. Er starb am 11. November 2013 nach schwerer Krankheit, die ihn bereits sein ganzes Leben nach der Haft still bzw. gezähmt begleitet hatte. Und er folgte seiner geliebten Ehefrau Traudel ein halbes Jahr später nach. Auch sie war eine Überlebende der sowjetischen Speziallager. Beide verband seit ihrem Kennenlernen kurz nach der Haft eine lebenslange Liebe. Kurz vor Ende des Krieges wurde Gerhard Finn nach Thüringen evakuiert; dort nahmen ihn im Dezember 1945 die „Organe“ der sowjetischen Besatzungsmacht fest. In der Untersuchungshaft in

sonen“ wurden in West-Berlin regelmäßig veröffentlicht, viele Angehörige bekamen Gewißheit, und die Repression der Besatzungsmacht, mit der sie die SED-Diktatur etablierte, blieb nicht im Dunkel.

Finn entfaltete eine rege, publizistische Tätigkeit, 1959 erschien sein Buch über die politischen Häftlinge der SBZ/DDR, und 1981 publizierte er zusammen mit Karl Wilhelm Fricke „Politischer Strafvollzug in der DDR“; beide Bücher blieben viele Jahre lang Standardwerke. Über Hannover, wo er als Journalist für die Monatszeitschrift „Deutsche Umschau“, der Zeitung der Flüchtlinge und Vertriebenen arbeitete, führte ihn 1961 der Weg nach Bonn. Das „Büro Bonner Berichte“ beim Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen beschäftigte ihn für dessen Berichterstattung über die Entwicklungen in der SBZ/DDR. Unbeirrt vom sich auf die Entspannungspolitik einstimmenden Zeitgeist in Westdeutschland informierte er weiter über das Schicksal und die Lage der politischen Häftlinge im SED-Staat. 1965 wurde er Mitarbeiter im Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen und war von 1970 bis 1980 sein Pressesprecher, als es seinen Namen in Ministerium für innerdeutsche Beziehungen geändert hatte.

Nach 1980 befaßte er sich mit dem Aufbau eines Betreuungsnetzes für freigeverkaufte, politische Häftlinge und leitete die Referate Dokumentation und Publikation im Ministerium. Günther Rudolph, auch der Weggefährte aus der UOKG-Arbeit, verwies in seiner Laudatio 2005 darauf, daß der Beamte Finn weiterhin eine politisch-historische Verpflichtung verfolgte: „Die Sammlung von Ereignissen und Erlebnissen der Opfer zu den Verbrechen der kommunistischen Gewaltherrschaft, um sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Sein politisches Ziel war darauf gerichtet, diese Erkenntnisse für künftige Generationen fest- und damit wachzuhalten als Lehre und Mahnung, daß sich so etwas auf deutschem Boden niemals wiederhole.“

Ehrenamtlich übte er zwischen 1975 und Mitte 1998 verschiedene Funktionen in der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge aus, Anfang 2002 wurde er deren Ehrenvorsitzender. Nach Auflösung des innerdeutschen Ministeriums war er von 1990 bis zu seiner Pensionierung im Dezember 1994 Leiter des Referats „Deutschlandpolitische Bildung“ im Bundesinnenministerium. Als Referent der CDU/CSU-Fraktion

arbeitete er von 1992 bis 1994 in der Enquete-Kommission des Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Diese Tätigkeit zählt bereits zum letzten Abschnitt seiner sich selbst gesetzten Lebensaufgabe. Nach der deutschen Einheit ging es ihm nun darum, das Gedenken an die Opfer des SED-Staates und die Würdigung von Opposition und Widerstand gegen diese Diktatur in der deutschen Erinnerungskultur zu verankern.

Für ihn war die Einsetzung der Enquete-Kommission durch den Bundestag 1992 eine wichtige Etappe, um dieses Ziel zu erreichen. Es ging um ein politisches Urteil über die SED-Diktatur durch den Deutschen Bundestag und um die Etablierung von Gedenkstätten und Erinnerungsorten an diese zweite Diktatur in Deutschland nach 1945. Finn tat in dieser Kommission alles ihm Mögliche, um diese beiden Ziele realisieren zu helfen. Da sein Anteil am Erfolg der Kommission öffentlich kaum wahrnehmbar war, möchte ich am Beispiel der Gedenkstätte Buchenwald und dem Frauengefängnis Hoheneck seinen Anteil der Arbeit ins Licht rücken.

1992 wurde mit Hilfe des Bundes die Gedenkstätte Buchenwald neu gestaltet, und der Thüringer Landtag schuf die entsprechende gesetzliche Voraussetzung. Wie ein Peitschenhieb traf Finn die Formulierung im Gesetz: Vorrang habe die Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur, das Schicksal der in der DDR verschwiegenen Häftlinge des sowjetischen Speziallagers nach 1945 solle dem „nachgeordnet“ werden. Diese Gewichtung war in der Sache überflüssig, denn das erste Kapitel dieser mörderischen Lagergeschichte schrieb die SS, die dieses KZ errichtet hatte; die sowjetische Besatzungsmacht war nur der „Nachnutzer.“ Finn überzeugte die Enquete-Kommission, eine interne Anhörung über die „Nachordnung“ des Schicksals der Häftlinge des sowjetischen Speziallagers in der Gedenkstätte Buchenwald durchzuführen. Entsprechende Diskussionen fanden zeitgleich auch in der Gedenkstätte Sachsenhausen statt. Die Enquete-Kommission empfahl dem Direktor der Gedenkstätte Buchenwald, für ein würdigeres Gedenken der Opfer des Speziallagers zu sorgen – was mittlerweile geschehen ist. Seit 1994 war Finn Mitglied des Häftlingsbeirats für das Speziallager Buchenwald bei der Stiftung Ge-



Foto: Christian Sachse

Gerhard Finn 2012.

Jena wurde er beschuldigt, zum Werwolf zu gehören. Fünf Monate später kam er in das sowjetische Speziallager Nr. 2 Buchenwald. Mitte 1948 wurde der 18-Jährige Tbc-krank entlassen.

Das sowjetische Speziallager Buchenwald war seine politische Prägestalt und bestimmte als Erfahrung sein weiteres Leben. Günther Rudolph, Leidensgefährte aus dem Speziallager Mühlberg, würdigte in seiner Laudatio anlässlich der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Finn 2005 diese Hafterfahrung für seinen weiteren Lebensweg: „Die schlimmen Jahre in seiner Jugend haben sein Denken und Wollen geprägt. Er hat überlebt. Aber wie kein anderer seiner Generation mit diesen Erlebnissen, hat er sich daraus seine beruflichen Aufgaben gestellt.“ Den Lebensabschnitt zwischen 1948 und 1989 widmete er dem Kampf gegen die kommunistische Diktatur in der DDR und hielt unbeirrt am Ziel der demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands fest.

Schon im Dezember 1948 beteiligte er sich in Berlin am Aufbau der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“, er betreute den Suchdienst, der in der sowjetischen Besatzungszone nach verschwundenen, sprich: verhafteten Personen, fahndete. Die Listen der „verschwundenen Per-

denkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora und bis 1998 deren Vorsitzender.

Die Diskussion über Gedenkorte mit doppelter Diktaturvergangenheit blieb nicht folgenlos. Die Einsicht wuchs, daß es unmoralisch ist, die Häftlingsschicksale unterschiedlicher Diktaturen gegeneinander aufrechnen zu wollen. Die zweite Enquete-Kommission des Bundestages formulierte als Konsequenz aus diesen Diskussionen den Grundsatz: „Die Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur dürfen nicht durch den Verweis auf die der SED-Diktatur relativiert und die Verbrechen dieser Diktatur nicht mit dem Verweis auf die der Nationalsozialisten bagatellisiert werden.“

Finn drängte auch auf eine Anhörung der aus politischen Gründen inhaftierten Frauen des Frauengefängnisses Hoheneck durch die Enquete-Kommission. Die Anhörung sollte in Hoheneck erfolgen. Nach den Berichten der Frauen über ihre Haftbedingungen fragte ein Mitglied der Kommission aufgewühlt: „Sind Sie eigentlich einmal vom Bundespräsidenten zum Gespräch eingeladen worden, um über ihr Schicksal zu berichten?“ Ein bitteres Lachen war die Antwort. Damals

war Hoheneck noch ein Gefängnis des sächsischen Strafvollzugs. Diese Anhörung war ein erster Schritt auf dem Weg zu einer Gedenkstätte, die nun 20 Jahre später auch errichtet werden soll. Gerhard Finn wollte, daß Hoheneck eine Gedenkstätte wird. Er kannte aber die chinesische Weisheit, eine lange Reise beginnt mit dem ersten Schritt, und er verfolgte seine Ziele mit langem Atem.

1994 wurde Finn zum Vorstandsvorsitzenden der UOKG – der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. gewählt. Noch in seiner Zeit als Referatsleiter im Ministerium hatte er seit 1990 die Gründung einzelner Haftopferverbände tatkräftig unterstützt und begleitet, die Gründung des Dachverbandes UOKG ging auf seine Initiative zurück.

Auch die Geschichte der Gedenkstätte im zentralen Untersuchungsgefängnis des MfS in Hohenschönhausen ist mit dem Namen Gerhard Finn verbunden. 1996 brachte das Land Berlin die Gründung der „Stiftung Gedenkstätte Hohenschönhausen“ auf den Weg. Finn wurde zum Vorsitzenden des Arbeitsausschusses der Gedenkstätte berufen, der die inhaltlichen Grundsätze für das Stiftungsgesetz

erarbeiten sollte. In den Grundsätzen, die der Gesetzgeber weitgehend übernahm, verankerte er auch die Errichtung eines Zeitzeugenbüros, um die Haftgeschichten verschiedener Häftlingsgenerationen zu dokumentieren und zu archivieren. Noch vor Verabschiedung des Stiftungsgesetzes kam es zwischen der Berliner Kulturverwaltung und Finn zu einem wichtigen Konflikt. Die Kulturverwaltung hatte sich ohne Beteiligung der Opferverbände intern für einen Direktor der Stiftung entschieden. Finn protestierte gegen dieses Verfahren, das die Opferverbände beim Entscheidungsprozeß ausschloß. Berlin zog seinen Kandidaten zurück und erst nach Verabschiedung des Stiftungsgesetzes 2000 wurde die Stelle ausgeschrieben und Hubertus Knabe als Direktor berufen.

Gerhard Finn war einer der stillen, aber beharrlichen Architekten der Gedenkstätten für die Haftorte der kommunistischen Diktatur in der SBZ/DDR als Bestandteil der demokratischen Erinnerungskultur Deutschlands. Es ist nun Aufgabe dieser Gedenkstätten, auch die Erinnerung an Gerhard Finn wachzuhalten.

Manfred Wilke

## Endlich ein Grabstein für Charly!

Gerhard „Charly“ Rau wurde mit sechzehn Jahren das erste Mal verhaftet, als er am 7. Oktober 1969, am Tag des 20. Republikgeburtstags der DDR wie Hunderte andere Jugendliche ein Konzert miterleben wollte, das die „Rolling Stones“ auf dem Dach des Axel-Springer-Hochhauses, damals direkt an der Mauer gelegen, geben sollten. Ein RIAS-Moderator der beliebten Jugendsendung „Treffpunkt“ hatte beim Auflegen eines Stones-Titels gescherzt, daß es doch toll wäre, wenn die Stones am Jahrestag der DDR auf dem Springer-Hochhaus ein Konzert geben würden.

Obwohl auf Veranlassung des leitenden Redakteurs noch während der Sendung mehrmals darauf hingewiesen wurde, daß es sich um einen Scherz gehandelt habe, war das Gerücht nicht mehr zu stoppen. Jugendliche aus der ganzen Republik machten sich auf nach Berlin. Sie wurden aus den Zügen, aus den S- und U-Bahnen geholt von bewaffneten Organen, die in der ganzen DDR mobilisiert worden waren.

Wer nach Mitte durchkam, wurde in die Baugruben der künftigen Hochhäuser der

Leipziger Straße getrieben. Oberschüler und Studenten wurden relegiert. Charly, der sich bei seiner Festnahme gewehrt hatte, bekam seine erste Gefängnisstrafe, die ihm später als „Wiederholungstäter“ siebzehn Jahre DDR-Knast einbrachte, darunter viele Jahre Einzelhaft, zum Teil in Kellerzellen.

Nachdem er 1987 in den Westen entlassen worden war, begann Charly, sich als Sozialarbeiter um Gefangene zu kümmern. Bald nach dem Mauerfall gehörte er zu den ehemaligen politischen Häftlingen, die sich bemühten, aus der Zentralen Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit eine Gedenkstätte zu machen. Mit Erfolg. Heute hat die Gedenkstätte über 340 000 Besucher jährlich. Charly machte dort Führungen, bis es ihm sein Gesundheitszustand nicht mehr erlaubte. In den letzten Lebensjahren mußte er immer wieder klinisch behandelt und operiert werden. Unter anderem hatte sich eine gebrochene Rippe in seine Lunge gebohrt und war dort eingewachsen. Er litt unter unerträglichen, zum Schluß nur noch mit Morphinum zu dämpfenden



Selten bei einem Einzelgrab: der Hinweis auf politische Gefangenschaft in der DDR.

Schmerzen, die er tapfer ertrug, weil jeder neue Lebenstag ein Triumph über seine Peiniger war.

Sein Wunsch, sechzig zu werden, hat sich nicht erfüllt. Er starb mit 59 Jahren in Berlin. Seine Witwe hatte mit ihrer schmalen Rente kein Geld für einen ordentlichen Grabstein. Dank vieler Spenden, vor allem von Achse-Lesern und Referenten der Gedenkstätte Hohenschönhausen, hat Charly nun ein würdiges Grab. Ich danke hiermit noch einmal allen Spendern ganz herzlich!

Vera Lengsfeld

# Rehabilitieren und anerkennen!

Kongreß der UOKG am 26. Oktober 2013 in Berlin

(st) „Defizite bei Rehabilitation und Entschädigung von SBZ/DDR-Opfern – Wie können sie beseitigt werden?“ war das Thema des gutbesuchten, ganztägigen Kongresses der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG. Zur Eröffnung zählte Rainer Wagner, Vorsitzender des Dachverbandes, noch einmal die Forderungen der Opferverbände auf und stellte fest: „Wenn

kehr bei verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden schloß er sich an.

Lutz Rathenow, Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, sprach über „Probleme bei Rehabilitation, Entschädigung und Beratung“. Schwierig sei häufig besonders die Faktenrecherche für Anspruchsvoraussetzungen. „Es geht um Verbesserung der schwierigen Situation, die schwierig bleiben wird.“ Rathenow sprach sich für die Vergabe kleiner Mittel zur Biographierecherche aus, ebenso für kleine Entschädigungen in Fällen, in denen nicht alle geforderten Anspruchsvoraussetzungen erfüllt würden. Auch müßten die Justizministerien auf allen Ebenen sensibilisiert werden, bis hin zur Weiterbildung künftiger Juristen. Er hob die Lösung hervor, die beim Heimkinderfonds gefunden wurde. Dort gebe es Möglichkeiten, einer Opfergruppe zu helfen, ohne langwierige Nachweise führen zu müssen. Dies könne ein Weg sein auch für andere, z.B. Zersetzungsoffer, die ebenfalls vor Schwierigkeiten bei der Dokumentation stünden.

Dr. Karl-Heinz Bomberg, Facharzt für Psychotherapeutische Medizin, befaßte sich in seinem Vortrag mit den „Unsichtbaren Wunden“. Die Zahl der Anerkennungen habe über die Jahre in seiner Arztpraxis deutlich zugenommen, von 25 auf über 50 Prozent der durch DDR-Unrecht politisch traumatisierten Patienten. An erster Stelle stünden die Haftopfer. Sehr viel schwieriger sei es bei Zersetzungsoffern, beruflichem Schadensausgleich, Psychiatrieopfern sowie Opfern von Zwangsaussiedlung und Zwangsadoptionen. Die Ergebnisse würden nur durch Beharrlichkeit erreicht. Dabei bestehe allerdings die Gefahr der Reaktivierung oder gar Retraumatisierung. Basis für eine Besserung in der Behandlung politisch Traumatisierter der DDR sei eine gelungene therapeutische Beziehung ebenso wie die gesellschaftliche Anerkennung. Bei einer Überversorgung der Täter und Unterversorgung der Opfer wäre die Situation für die Betroffenen trotz einiger Verbesserungen nach wie vor unzureichend. Ziel sei die Herstellung einer Beweislastumkehr. Bomberg trug zwei Fallbeispiele in Form schriftlicher Selbstdarstellungen vor und sang in Begleitung einer Cellistin sowie eines Pianisten zur Gitarre einige eigene Lieder.

Die Publizistin Dr. Sibylle Plogstedt beschäftigte sich mit der Frage, ob Rehabilitation und Entschädigung helfen, gesund zu werden. Dabei schilderte sie anhand ihres eigenen Verfolgungsschicksals eine Möglichkeit des Umgangs mit dem Erlebten. Neben einer Therapie hatte sie sich wissenschaftlich und künstlerisch mit dem Thema auseinandergesetzt. Ihre Forschungen über die gesundheitliche und soziale Situation ehemaliger politischer Häftlinge veröffentlichte sie in dem vielbeachteten Buch „Knastmauke“. Sie besuchte ihren einstigen Haftort im heutigen Tschechien und eine Mitgefangene, die Zellenspitzel war, schrieb darüber ein Buch und drehte einen Film.

Medizinische Gutachten rechtlich zu betrachten und kritisch zu hinterfragen, hatte sich Rechtsanwältin Brigitta Kögler zur Aufgabe gemacht. Es sollte vorausgesetzt werden dürfen, daß ein Gutachter, der gesundheitliche Schädigungsfolgen festzustellen habe, sich mit der Materie auch beschäftigt und Erkenntnisse darüber hätte, daß teilweise die körperlichen und psychischen Beeinträchtigungen nach Freikauf bzw. Ausreise zunächst kompensiert worden wären, um Ausbildung oder berufliche Tätigkeit in der Bundesrepublik zu beginnen. Oft seien Betroffene krankheitsbedingt weder mental noch sprachlich in der Lage, die Haftereignisse zu schildern. Doch vom Amtsermittlungsgrundsatz könne häufig keine Rede sein. Nach Einschätzung Köglers müßten psychische Störungen als Folge einer Posttraumatischen Belastungsstörung in Wirklichkeit mit einem Grad der Schädigung (GdS) von 50 bis 70 von 100 bewertet werden, bereits dann, wenn eine mittelgradige soziale Anpassungsschwierigkeit vorliege, die dazu führe, daß im Beruf, in der Familie teils schwerwiegende Konflikte als Folge aufgetreten seien oder eine geminderte berufliche Einsatzfähigkeit zutage trete. Oft seien Kontaktverlust und sozialer Rückzug zu verzeichnen. Rechtsanwältin Diana Blum informierte über eine aktuelle Entscheidung des Berliner Verfassungsgerichtshofs zur Strafrechtlichen Rehabilitation von DDR-Heimkindern, die sie erzielt hatte (s. Ausg. 8/2013, S. 4, „Ermutigung für Heimkinder“).

Der Politikwissenschaftler und Theologe Dr. Christian Sachse trug Ergebnisse sei-



Roland Jahn: Auch öffentliche Ehrung ist wichtig.

der Durchschnitt der Regimenahen wesentlich besser gestellt ist als die, die sich für Freiheit und Demokratie eingebracht haben, dann ist das ungerecht.“

Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, regte in seinem Grußwort an, Rehabilitierungen auch in einen festlichen Rahmen zu stellen und mit einer öffentlichen Ehrung zu verbinden. Der Forderung nach Beweislastum-

## Grotewohl-Expresß

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen bietet jeden Donnerstag um 13.00 Uhr einen Rundgang mit Zeitzeugen und Besichtigung des „Grotewohl-Expresß“ an. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin, Tel. (0 30) 98 60 82 30

ner derzeitigen Forschungsarbeit unter dem Titel „Zur Arbeit gezwungen – Wo blieb das Geld? Zwangsarbeit in der DDR, Möglichkeiten von Entschädigung“ vor. Zunächst wandte er sich dem Begriff der „Zwangsarbeit“ zu. Nach dem Verständnis der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sei diese nicht generell verboten, sie werde aber zum Unrecht, wenn konkrete Grenzen überschritten würden. In Jugendwerkhöfen, Arbeitserziehungs- und Haftarbeitslagern, Arbeitskommandos, Gefängnissen und Zuchthäusern der DDR seien die ILO-Konventionen zur Zwangsarbeit systematisch verletzt worden, dies habe zum politischen Konzept gehört. Deshalb sei die Zwangsarbeit in der DDR als Systemunrecht zu klassifizieren. Ziele der Zwangsarbeit seien gewesen: planmäßige Ausbeutung der Arbeitskraft für die Volkswirtschaft, Erwirtschaftung von Devisen, gezielte Diskriminierung politischer Gefangener und politische Umerziehung und Disziplinierung. Zu den Möglichkeiten der Entschädigung zählte Sachse u.a. die Erstattung des entgangenen Verdienstes im zivilen Leben, mindestens aber des Nettoverdienstes entsprechend der Lohngruppe der zivilen Arbeiter, Ausgleich für entgangene Sozialleistungen im Krankheitsfall (auch für Angehörige), Erhalt von Rentenpunkten entsprechend dem entgangenen Verdienst im zivilen Leben, mindestens aber Rentenpunkte entsprechend dem Verdienst der zivilen Arbeiter und Beteiligung an Gewinnen aus dem Verkauf der Produkte.

Zu den „Beispielen vergessener Opfergruppen“ sprach Helmuth Wippich über die „Verfolgten Schüler“ und ihre Probleme. So sei es bis jetzt noch nicht gelungen, ehemalige verfolgte Schüler, die nach Freikauf oder Ausreise im Westen studierten, mit in der DDR verbliebenen gleichzustellen. 1994 wurden mit dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz die Bestimmungen des Bafög dahingehend geändert, daß anerkannte verfolgte Schüler Bafög in voller Höhe als Zuschuß erhalten. Dies sei nach wie vor jedoch nicht auf diejenigen verfolgten Schüler ausgeweitet worden, die während der deutschen Teilung im Westen studierten und sich häufig hoch verschuldeten, zumal die meisten von ihnen bei ihrer Ankunft in der Bundesrepublik wirtschaftlich von Grund auf neu beginnen mußten. Die Initiative verfolgter Schüler und Studenten habe seit 1999 zahllose Petitionen und gesetzliche Änderungsvorschläge eingereicht, doch seien sie bisher immer wieder abgewiesen worden.

Ernst-Otto Schönemann stellte, zunächst am eigenen Schicksal, eine weitere vergessene Opfergruppe vor: die Zwangsausgesiedelten. Insgesamt ca. 12 500 Personen, die als „politisch unzuverlässig“ galten, wurden 1952 und 1961 aus dem 5-km-Streifen entlang der innerdeutschen Grenze vertrieben. Studien der Universität Greifswald zeigten, daß der Anteil der psychisch belasteten und traumatisierten Zwangsausgesiedelten in der gleichen Größenordnung liege, wie bei Haftopfern. Der Dachverband UOKG und die Zwangsausgesiedelten, die gemäß der Menschenrechtskonvention als Deportierte anzusehen seien, verlangten daher die vollständige Rehabilitierung der Betroffenen und die Anerkennung der aus der Deportation resultierenden gesundheitlichen Schäden. Die Zwangsausiedlung von mindestens 12 500 Menschen in Friedenszeiten sei eine schwere Menschenrechtsverletzung, die selbst nach damaliger DDR-Verfassung widerrechtlich gewesen wäre und den schwersten Verbrechen von Staaten gegenüber ihren Bürgern zuzuordnen sei. Der Rechtsstaat müsse endlich seiner Fürsorgepflicht nachkommen. Wegen der erheblichen Beschädigung der Biographien der Betroffenen durch Deportation sei eine wirkliche Rehabilitierung nur durch Aufnahme der Zwangsausgesiedelten in eine erweiterte und im Zugang erleichterte Opferrentenregelung, analog den ehemaligen politischen Häftlingen, glaubwürdig und wirksam.

Ebenfalls vergessen, oder eher noch nicht bekannt genug, ist die Gruppe der Zwangsadoptierten. Katrin Behr von der UOKG-Beratungsstelle für diese Betroffenen und selbst einst zwangsadoptiert, erläuterte die Problematik. Es gebe wegen fehlender empirischer Untersuchungen keine gesicherten Daten über die Zahl der Betroffenen, jedoch sei von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. Die langfristigen Folgen von Zwangsadoption – sowohl für Kinder als auch die leiblichen Eltern – seien u.a. Depressionen, Verlustängste, Bindungsstörungen, mangelndes Selbstwertgefühl, negatives Selbstbild, selbstverletzendes Verhalten, soziale Defizite, Identitätsstörungen und Suchtverhalten. Vorrangige Anliegen der Betroffenen seien die Aufklärung des eigenen Schicksals und Wiedergutmachung von erlittenem Unrecht. Besonders wichtig sei es, endlich finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, um Forschungsarbeiten zu diesem Thema leisten zu können. Entsprechend qualifizierte Interessenten wären vorhan-

den, doch es scheitere bisher am Geld. Es müsse eine Grundlage für die politische und gesellschaftliche Aufarbeitung geschaffen werden, um die Mechanismen von DDR-Zwangsadoptionen zu verstehen. Darüber hinaus formulierte Behr die Forderung nach Entschädigung sowie den Anspruch auf eine Entschädigungsrente, weil viele Betroffene psychisch schwer geschädigt und nicht arbeitsfähig seien, was eine sehr geringe Rente zur Folge habe.

Den Abschluß des Kongresses bildeten verschiedene Diskussionsbeiträge zu speziellen Themen der Defizite bei Rehabilitierung und Entschädigung. So verlaß Rolf Wilhelm im Namen seiner Ehefrau Vera einen Beitrag über deren Ungleichbehandlung bei der beruflichen Rehabilitierung. Als Angestellte des öffentlichen Dienstes erhalte sie eine Betriebsrente aus der Versorgungskasse des Bundes und der Länder (VBL). Diese errechne eine Gesamtversorgung, die nicht erhöht werde, wenn sich der Betrag der Ren-



Karl-Heinz Bomberg trägt eigene Lieder vor.

tenversicherung erhöhe. Deshalb werde die Entschädigungsleistung aus der Rehabilitierung von der VBL kassiert. Vera Wilhelm forderte, Entschädigungen für DDR-Opfer grundsätzlich anrechnungsfrei zu stellen.

(Eine Tagungsbroschüre mit Beiträgen des Kongresses wird in Kürze erscheinen.)

# Ruhe für die an Kraft Erschöpften

## Die Einweihung des erweiterten Gräberfeldes auf dem Karnickelberg in Bautzen

Beklemmend ist das Gefühl beim Betreten des einst berüchtigten Zuchthauses der SBZ/DDR, des „Gelben Elends“ in Bautzen. Lange litt die Stadt an der Spree unter dem negativen Ruf: Bautzen gleich Knast – Synonym wegen des inhumanen Umgangs mit den Insassen in dem uralten Gemäuer.

Im Frühsommer 1945 war auch mein Vater, Hans-Werner Rasmussen aus Hainichen/Sachsen, hier drei Wochen

Weiler begleitete im Auftrag Prof. Pohl kontinuierlich durch häufige Anwesenheit vor Ort Gestaltung und Entstehung und kümmerte sich auch um die Finanzen.

Nun steht dort eine angedeutete Gefängnismauer aus gelbem Klinker. Davor betrachtet eine lebensgroße Madonnenfigur in verschiedenen gelben Schattierungen den Platz, Symbol für eine trauernde Mutter, Ehefrau oder Tochter. Auf der Mauer die Inschrift: „Hier haben die an Kraft Erschöpften Ruhe.“

Am Totensonntag, dem 24. November 2013, hatte das Bautzen-Komitee e.V. zur feierlichen Einweihung geladen, die mit einem festlichen Gottesdienst in der Anstaltskirche auf dem Gelände des Gefängnisses begann.

Harald Möller, Jahrgang 1928, der 1948 zu zweimal 25 Jahren von der sowjetischen Besatzungsmacht verurteilt wurde und acht Jahre hier zubringen mußte, berichtete in der Kirche dankbar von dem Werdegang der neuen Gedenkstätte, die in nur wenigen Monaten zur Würdigung all seiner verstorbenen Haftkameraden entstanden ist. Von 2007 bis 2013 war er 1. Vorsitzender des Bautzen-Komitees, dann zog er sich aus dem aktiven Vereinsleben etwas zurück und ist nun Stellvertreter.

Stanislaw Tillich, Ministerpräsident von Sachsen, wies in seiner Ansprache in der Kirche u.a. auf den glücklichen Umstand des Mauerfalls 1989 hin, der endlich eine Aufarbeitung und ein Gedenken der unzähligen Opfer des Kommunismus ermöglichte. Oberlandeskirchenrat Dr. Peter Meis erinnerte an das Elend der politischen Häftlinge und deren Familien, die noch bis nach 1989 im Ungewissen über das Schicksal der Angehörigen lebten. Die Besatzungsmacht übergab 1950 die Anstalt an das Innenministerium der DDR, was für die verbliebenen Häftlinge jedoch

keineswegs eine Verbesserung bedeutete. 1950 brach hier ein Hungerstreik aus, der blutig niedergeknüppelt wurde – von deutschen Bewachern.

Nach dem Gottesdienst erfolgte auf dem Karnickelberg im Beisein von mehr als 300 Teilnehmern die liturgische Weihe des Gräberfeldes, anschließend hielt der langjährige Oberbürgermeister Bautzens, Christian Schramm, eine sehr feinfühlig Reden. Zu den vielen Kränzen und Blumengebinden legte auch ich im Namen der UOKG einen Kranz nieder. Der sächsische Justizminister Dr. Jürgen Martens, Siegfried Reiprich, Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Lutz Rathenow, Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, Silke Klewin, Leiterin der Gedenkstätte Bautzen, und Prof. Dr. Edgar Weiler als Vertrauter des Finanziers Prof. Pohl waren Gäste.

Zum Abschluß gab es Gelegenheit, sich bei einem Empfang miteinander auszutauschen, zu dem der Vorsitzende des Bautzen Komitees, Alexander Latotzky, lud. In den Gesprächen stellten wir insgesamt fest, daß wir heute glücklicherweise eine kalkulierbare politische Zukunft haben, die den Menschen in der DDR bis 1989 verwehrt wurde. Zu wünschen wäre noch, daß die Opfer des Kommunismus in der Öffentlichkeit endlich auch als Opfer anerkannt werden.

Gefreut habe ich mich, daß auch einige Angehörige ehemaliger Tost-Häftlinge anwesend waren, deren Väter bzw. Großväter ebenfalls vom Gelben Elend aus den Weg in den Tod nach Tost antreten mußten. Überhaupt bewies die große Besucherzahl, daß es auch nach fast 70 Jahren wichtig ist, der Opfer des Kommunismus gedenken.

Sybille Krägel



Beim Gottesdienst in der Kirche des Gelben Elends.

eingekerkert. Das Zuchthaus war schnell überfüllt durch tägliche, meist willkürliche „Zuführungen“. Und so wurden 3700 Menschen aus Bautzen, darunter 20 Frauen und 50 Jugendliche, im Laufe des Sommers nach Tost/Oberschlesien gekarrt, in eine noch grauenhaftere Haftanstalt des NKWD – der Jüngste gerade 14 Jahre alt, die beiden Ältesten 77. Von Achim Kilian, der 1945 in Bautzen einsaß, erfuhr ich, daß er sich sehr fürchtete, auf Transport nach Tost zu kommen. Später kam er ins Lager Mühlberg. (Achim Kilian schrieb u.a. das Buch „Einzweisen zur völligen Isolierung“.)

1990 wurde Benno von Heynitz, er hatte fast zehn Jahre Haft in Bautzen verbracht, Mitbegründer und langjähriger 1. Vorsitzender des Bautzen-Komitees e.V. Bald wurde mit Suchgrabungen nach den sterblichen Überresten von Häftlingen hinter der Haftanstalt auf dem sogenannten Karnickelberg begonnen. Hier waren unter Schutt und Abfall die verstorbenen Gefangenen verscharrt worden.

Dank einer großzügigen Spende von Prof. Dr. Reinfried Pohl aus Marburg, dessen Vater, Gerhard Pohl, 1946 im Gelben Elend umkam, konnte das Areal des Gräberfeldes jetzt zu einer würdigen Gedenkstätte für die vielen Toten erweitert und vervollständigt werden. Prof. Dr. Edgar



Liturgische Weihe des Gräberfeldes.

## „Der dunkle Ort“ – Ausstellung in Rastatt

Am 21. Oktober 2013 wurde in der „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ im Rastatter Schloß die Ausstellung „Der dunkle Ort – Das DDR-Frauengefängnis Hoheneck. 25 Portraits“ mit einem Zeitzeuginnengespräch eröffnet. Ein passender Ort: Die Erinnerungsstätte, eine Außenstelle des Bundesarchivs, wurde 1974 auf Anregung des damaligen Bundespräsidenten Gustav W. Heinemann gegründet, es war der Schauplatz der Revolution von 1848/49, die Vorbereiter der Demokratie in Deutschland wurde.

Über 100 Interessierte, darunter auch Betroffene des DDR-Systems, besuchten die Veranstaltung mit interessanter Frageunde, und danach gab es noch bis

spät abends einen regen Erfahrungsaustausch.

Am darauffolgenden Vormittag fand im Ludwig-Wilhelm-Gymnasium in Rastatt ein Zeitzeugengespräch mit 150 Schülerinnen und Schülern unter der Regie der Erinnerungsstättenleiterin, Dr. Elisabeth Thalhofer, und zwei Geschichtslehrern des Gymnasiums statt. Die Schüler hatten sich im voraus mit dem Thema „Haft in der DDR“ auseinandergesetzt und kluge Fragen zusammengestellt, die von drei Schülern vorgetragen wurden. Gespannt – man hätte eine Stecknadel fallen hören können – folgten die Schülerinnen und Schüler der Schilderung unserer Hafterlebnisse. Nach ihren Aussagen hatten sie sich solch schreckliche Haftbedingungen nicht vor-



Foto: Bundesstiftung Aufarbeitung

Im Ludwig-Wilhelm-Gymnasium: Die Zeitzeuginnen Inge Naumann, Heidrun Breuer und Rosel Werl erzählen, wie es gewesen ist.

stellen können. Auf diese Weise erhielten sie ein reales Bild vom Unrechtsstaat DDR und ihrer Aufgabe, die Demokratie zu erhalten, ja, wenn nötig zu erkämpfen.

Rosel Werl

## Nachbarschaften Politischer Ort Hoheneck

### Chemnitzer Schüler gewannen Geschichtspreis

(sz) Drei Schüler aus Chemnitz haben mit ihrer Arbeit über das DDR-Frauengefängnis Hoheneck den ersten Preis beim Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten gewonnen. Die drei jungen Männer der 11. Jahrgangsstufe des Gymnasiums Einsiedel wurden für ihre Untersuchungen der Nachbarschaftsbeziehungen zur ehemaligen Strafanstalt in Stollberg/Erzgebirge ausgezeichnet. Joachim Gauck überreichte die mit jeweils 2000 Euro dotierten Preise am 13. November im Schloß Bellevue in Berlin. Mehr als 5000 Schüler hatten sich an dem Wettbewerb mit dem Thema „Vertraute Fremde. Nachbarn in der Geschichte“ beteiligt.

Paul Hilbert, geboren 1996, und seine beiden ein Jahr jüngeren Mitschüler Jeremias Kluge und Sebastian Weiß vom Einsiedel Gymnasium wollten wissen, wie es sich mit dem „stählernen Nachbarn“ lebte und wie das Verhältnis zwischen Insassinnen und Wachpersonal war. Den drei Elftkläßlern, teilte die Körber-Stiftung bei der Vorstellung der Preisträger mit, sei es trotz mancher Hindernisse gelungen, viele Zeitzeugen zu befragen. Dabei seien sie auf traumatisierte Opfer und „Überzeugungstäter“ gestoßen.

Nach Angaben der Stiftung ist der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten der größte historische Forschungswettbewerb für junge Menschen in Deutschland. 

(fp/rw) Die ehemalige Frauenhaftanstalt Hoheneck ist seit dem 27. November dieses Jahres einer von sechs „Politischen Orten“ in Sachsen. Henry Krause von der Landeszentrale für politische Bildung übergab dem Vorsitzenden des Fördervereins „Gedenkstätte Stollberg – Frauenhaftanstalt Hoheneck“, Dietrich Hamann, die Auszeichnung. Rosel Werl, ehemalige Inhaftierte in diesem Frauengefängnis, sprach ein Grußwort, daß sie besonders auch an die anwesenden Jugendlichen richtete. Sie wertete die Auszeichnung als Beleg für die politische und historische Bedeutung Hohenecks sowie für die dort geleistete politische und ehrenamtliche Bildungsarbeit. In ihrem Rückblick würdigte sie u.a. auch noch einmal den frühen Einsatz des Frauenkreises der ehemaligen Hoheneckerinnen:

„Die Geschichte der Frauen von Hoheneck begann im Februar 1950. Zwei bedeutende SMT-verurteilte Frauen waren Jutta Giersch und Maria Stein. Nach der Haft wohnte Maria Stein im Odenwald. Hier organisierte sie jedes Jahr ab 1975 ein Frauentreffen. Nach der Wende wurden natürlich auch die Kameradinnen aus der ehemaligen DDR eingeladen. Bedingt durch die vielen gemeinsamen Haftjahre hatten sich Freundschaften gebildet, und so wurde der Verein ‚Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen‘ am 26. April 1991, mit Maria Stein als Vorsitzende, gegründet. 1999 schrieb Maria an das Sächsische Staatsministerium: ‚Ich wünsche mir, daß Hoheneck eine

Stätte der Begegnung auf internationaler Ebene wird. Opfer gibt es doch in der ganzen Welt, sich zusammenzuschließen müßte doch allen ein Bedürfnis sein.‘ So weitsichtig war diese Frau!

Zu diesem Thema fand am 16.2.2013 eine Gedenkveranstaltung des Fördervereins statt, die sehr regen Zuspruch in der Bevölkerung fand. Ein Baustein für die erlangte Auszeichnung.

Maria hatte erreicht, daß am 3.10.2000 die Ausstellung in der Bücherei in Stollberg eröffnet wurde. Sie hatte zusammen mit ihrer Nachfolgerin und späteren Vorsitzenden, Margot Jann, auch erreicht, daß durch Spenden und Landeszuschüsse ein Gedenkstein vor dem Areal und ein Ehrengrab in Chemnitz errichtet wurden. Es wurde ein Film über SMT-Schicksale gedreht, weil die Zahl dieser Zeitzeugen immer geringer wird.“ 

### Archiv-Führungen zum Tag der offenen Tür

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Dresden, Riesaer Straße 7, 01129 Dresden, finden jeden letzten Donnerstag im Monat zum Tag der offenen Tür, ab 14.30 Uhr, statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 51) 25 08 34 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

## Vorstand neu gewählt

UOKG-Verbandstreffen am 30. November und 1. Dezember in Berlin

(st)Aktuelles aus der Entschädigungspraxis und der Forschung zur Aufarbeitung von DDR-Unrecht bestimmte das letzte UOKG-Treffen des Jahres 2013. Eveline Humm, stellvertretende Geschäftsführerin der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge, und Hans-Peter Zwicko, Mitglied des Vorstandes der Stiftung, berichteten von der Entwicklung der Unterstützungsleistungen. So seien bis Mitte November 7887 Anträge bearbeitet worden. Wegen gestiegener Renten und Lebenshaltungskosten habe man mit Wirkung vom 1.1.2014 die Einkommensgrenzen um 10 Prozent angehoben. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß die Stiftung nur noch Anträge auf den neuen Vordrucken akzeptiert.

Eine Delegation des Bundesverbandes der vietnamesischen Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland stellte ihre Organisation vor. Der Dachverband mit zur Zeit 15 Vereinen existiert seit 1990 und setzt sich aus West-Flüchtlingen sowie ehemaligen Gastarbeitern der DDR, die in der Bundesrepublik Asyl beantragten, zusammen. Ziel sei es, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte eines Tages auch in Vietnam durchzusetzen. Derzeit bestehe eine starke Abhängigkeit Vietnams von China.

Einen Zwischenbericht der Forschungsarbeiten zur DDR-Zwangsarbeit gab Dr. Christian Sachse. Seit 1949 sei das Hauptziel die wirtschaftliche Ausbeutung der Strafgefangenen gewesen, nicht

die Erziehung. Von den Häftlingen seien hohe Werte geschaffen worden, die Betriebe entlohnten niedrig an den Strafvollzug, der davon wiederum nur einen Teil an die Gefangenen weitergab. Die Häftlinge hätten letztlich für die Bezahlung ihrer eigenen Bewacher gearbeitet. Für jede Strafvollzugseinrichtung könne man die Betriebe namhaft machen, „und das werden wir tun“. Zudem habe sich gezeigt, daß politische Gefangene, deren Namen im Westen bekannt waren, vorsichtiger behandelt wurden.

Manfred Graf von Schwerin (ARE) machte darauf aufmerksam, daß unlängst der Entwurf eines Bodenreformgesetzes, daß die enteigneten Neusiedler entschädigen soll, auf befremdliche Weise im Brandenburger Landtag durch die Regierungsmehrheit abgewiesen worden war, ohne es in die entsprechenden Ausschüsse zu überweisen. In einer Resolution forderten die Verfolgtenverbände daraufhin vom Land Brandenburg, endlich das Fortwirken des DDR-Unrechts zu unterbinden und den Empfehlungen der Enquete-Kommission des Landtages zu folgen. In einer weiteren Resolution verlangten die Teilnehmer des Verbandstreffens eine Aufwertung des Gedenkens an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953, indem der Tag als Gedenkdatum wieder in die Jahreskalender aufgenommen und am „Platz des Volksaufstandes von 1953“ eine Gedenkstele mit den Namen der Toten des 17. Juni errichtet wird. Ein 15mi-

nütiger Dokumentarfilm über zivildeportierte Frauen schloß sich an.

Tobias Voigt, Politologe vom Forschungsverein SED-Staat an der FU Berlin, trug interessante Einzelheiten über das Stasi-Haftkrankenhaus in Berlin-Hohenschönhausen und seine Entwicklung vor. Die Einrichtung sei einzigartig gewesen, alle Untersuchungshäftlinge der Staatssicherheit wurden ausschließlich dort behandelt. Die Aufgabe des Haftkrankenhauses, dessen Gefängnischarakter überwog, habe u.a. darin bestanden, die Häftlinge für ihre Prozesse gesund genug zu erhalten. Es seien dort auch die psychiatrischen Gutachten über die Schuldfähigkeit der Gefangenen gemacht worden.

Über Ärzte als inoffizielle Mitarbeiter (IM) des MfS hatte Dr. Francesca Weil vom Hannah-Arendt-Institut geforscht. Sie konnte feststellen, daß die große Mehrheit der Ärzte nicht gespitzelt habe, die 3 bis 5 Prozent IM aber doch über dem Bevölkerungsdurchschnitt lägen. Für das MfS seien vor allem andere Mediziner interessant gewesen, viel weniger als erwartet sei es um Patienten gegangen. Die untersuchten Fälle hätten große quantitative und qualitative Unterschiede ergeben, involviert waren alle Fachrichtungen, besonders jedoch Psychiater, Chirurgen und Internisten.

Im Bericht des Vorstandes zog Vorsitzender Rainer Wagner ein Resümee der Arbeit in den letzten beiden Jahren. Die UOKG-Beratungsstelle erfahre große Anerkennung, ebenso werde die politische Arbeit als seriös wahrgenommen. Kongresse, Veranstaltungen, Tagungsbroschüren des Dachverbandes seien sehr gefragt, und auf internationaler Ebene konnten die Beziehungen erweitert werden. Es folgte die turnusgemäße Wahl des Vorstandes mit folgenden Ergebnissen: Rainer Wagner – Vorsitzender, Roland Lange, Ernst-O. Schönemann – Stellvertretende Vorsitzende, Anita Göbler, Klaus Gronau, Sybille Krägel, Hans-Peter Schudt – Beisitzer.

Der langjährige verdienstvolle Schatzmeister der UOKG, Ewald Ott, erhielt die Goldene Ehrennadel des Verbandes. Als neues Mitglied aufgenommen wurde der Verein „Kindergefängnis Bad Freienwalde/Interessengemeinschaft ehemaliger Heimkinder“. Das nächste Verbandstreffen ist für den 1. und 2. März 2014 geplant. 

## Gedenken an den 17. Juni in Hillesheim



Am 21. Juni dieses Jahres wurde im Rathaus der Vulkaneifel-Gemeinde Hillesheim die UOKG-Wanderausstellung „Mauern – Gitter – Stacheldraht“ eröffnet. Im Anschluß fand eine von der regionalen SPD organisierte Podiumsdiskussion über politische Verfolgung und Widerstand in der DDR statt: (v.l.) Prof. Dr. Friedhelm Boll, Historiker, Lothar Otter, Zeitzeuge, Landrat a.D. Heinz Onnertz, Moderator, Theo Pohl, Zeitzeuge, Jens Jessen, Vertreter der jungen Generation.

## Etwas Licht im Dunkel

Immer wieder sehe ich mir die Fotos von Stalin und seiner Mörderbande an, veröffentlicht in Baberowskis umfangreichem Opus „Verbrannte Erde – Stalins Herrschaft der Gewalt“. Ich bin irritiert, daß sich die begangenen Verbrechen auf den Gesichtern der Täter nicht widerspiegeln. Nikolai Jeschow, Berijas Vorgänger, verrät höchstens einen kleinen Halunken, nicht aber einen Massenmörder aus Überzeugung und Leidenschaft. Berija, mit Stalins Tochter Swetlana auf dem Schoß, macht den Eindruck eines unglücklichen Buchhalters, Stalin im Hintergrund an einem Tisch sitzend, ein emsiger Arbeiter, könnte die Steuerunterlagen für das Finanzamt ordnen. Belanglosigkeit auf den Gesichtern. Welch ein fataler Irrtum.

Die wenigen Opferfotos dagegen lassen die durchschrittene Hölle erahnen. Das aufgearbeitete und sprachlich gut aufbereitete Archivmaterial läßt den Leser in eine andere Welt eintauchen: in die Welt Stalins und seiner Helfershelfer. Millionen, nicht selten auch die in Ungnade gefallenen Täter, werden einer heute schon in der Versenkung verschwundenen Ideologie, laut Baberowski dem Despoten Stalin, geopfert. Die These des Autors, daß der Terror ohne den Männerbünden und Blutrache verhafteten Georgier Stalin nicht möglich gewesen wäre, darf angezweifelt werden. Schon Lenin hatte sich einer volksfeindlichen Ausrottungspolitik verschrieben und unterzeichnete ohne die geringsten Skrupel Todeslisten. Im Bürgerkrieg zwischen Weißgardisten und Rotgardisten bedienten sich beide Konfliktparteien des Terrors, den Hunderttausende nicht überlebten. Der Terror der Rotarmisten erwies sich als nachhaltiger. Stalin war vorerst nur einer unter vielen Tätern. Erst nach Lenins Tod 1924 gelangte er an die Spitze des Vielvölkerstaats. Akribisch zeichnet der Autor die staatlich verordneten Vernichtungswellen nach, an deren Fäden Stalin immer als erster zu ziehen gedachte. Eigenmächtigkeiten der Mordgesellen wurden von ihm in der Regel mit dem Tod bestraft. Sein Terror diente Machtstabilisierung und -erhalt.

Vor Stalins Verbrechen genie durften sich auch die treuesten Weggefährten nicht in Sicherheit wähen. Paranoid versicherte sich Stalin der bedingungslosen Treue seiner Helfershelfer. Ende der vierziger Jahre wurde Molotows Frau,

nachdem dieser sich auf Befehl Stalins hatte scheiden lassen, wegen Kontakts zu jüdischen Nationalisten verhaftet und zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Auch der Krieg mit Deutschland änderte nichts an der Machtstrategie des Diktators. Allerdings, so Baberowski, sei die Strategie der Ausrottung vermeintlicher Volksfeinde, Deserteure und Feiglinge für den Kriegsausgang von großer Bedeutung gewesen, ebenso die deutsche Wehrmacht mit ihrem Unwesen in den besetzten Gebieten. Die Verbrechen der Nazis in der Sowjetunion hätten die ihnen anfangs entgegengebrachten Sympathien der Bevölkerung verspielt, die sich zwischen zwei Terrorsystemen dann doch für die Heimat entschieden hätte. Der Terror der sowjetischen Machthaber gegen die eigene Bevölkerung habe nach Stalins Tod aufgehört. Das scheint mir eine Übertreibung zu sein. Wahr ist wohl, daß ein Teil der Mörder, so auch Chruschtschow, einen Schlußstrich unter den Stalinismus ziehen und sich als Staatsmänner profilieren wollte. Das bedeutete allerdings nicht das Ende, sondern vielmehr nur die Aufweichung des Gulag. Wie auch immer, Jörg Baberowski ist ein beeindruckendes Porträt des Politmörders Stalin gelungen. Was ihn wirklich angetrieben hat, Paranoia, krankhaftes Geltungsbedürfnis, Machtrausch, Verlustängste, Mordlust, das erfahren wir nicht wirklich, können wir auch gar nicht erfahren. Zu erdrückend ist das Unfaßliche.

Sichtbar macht Baberowski den Mörder, nicht aber den Politiker Stalin. Sicher dem zu begrenzenden Umfang des Werks geschuldet sind fehlende Einblicke in die von Stalin verantwortete Politik jenseits der Schreckensszenarien. Nichts erfahren wir vom Warschauer Pakt, der atomaren Aufrüstung, nichts von den Satellitenstaaten, nichts von den Schauprozessen dort, nichts vom Kettenhund Tito, nichts von der Berlinblockade. Auch ist so gut wie nichts von anderen Diktaturen des 20. Jahrhunderts zu lesen, vom Volksbeglückter Mao Tse Tung, Adolf Hitler und den anderen Epigonen linker oder rechter Provenienz. Hitler und Stalin wären ohne den Ersten Weltkrieg vermutlich nicht an die Macht gekommen. Dieser Krieg könnte der für den Tod und das Verderben vieler Millionen Menschen verantwortliche Bazillus gewesen sein. Ausrottung nach

Klassenzugehörigkeit, Hungersnöte, Kannibalismus während der Leningrader Belagerung und anderswo, Massenvergewaltigungen die schrecklichen, zum Alltag gehörenden Bilder.

Beide Tyrannen hatten sich Allmachtsphantasien und der Ausrottung von Millionen verschrieben. Gleich können die beiden Schreckensherrschaften sicher nicht genannt werden. Aber den Ermordeten dürfte es einerlei sein, wer sie warum ermordet hat. Vieles ließe sich noch anführen. Doch all dies schmälert nicht Baberowskis Verdienst, nach Soltschenizyn etwas Licht in das Dunkel gebracht zu haben, das auch sechzig Jahre nach dem Tod des Despoten über dessen Antriebskräften lagert.

Hans-Henning Paetzke



Jörg Baberowski: *Verbrannte Erde – Stalins Herrschaft der Gewalt*, C.H.Beck, München 2012, 606 S., 29,95 €

## Unterstützung für Initiative Mahnmal

Prag, Budapest, Moskau, Sofia – nicht nur in diesen vier Städten gibt es zentrale Denk- und Mahnmale für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft. Der Kommunismus hat im letzten Jahrhundert weltweit Millionen von Menschen unterjocht und zerstört. Viele Staaten in Ost- und Mitteleuropa gedenken dieser Opfer durch zentrale Mahnmale.

Wir fordern auch in Berlin einen solchen Ort!

Wenn Sie die Initiative der UOKG für ein zentrales Mahnmal unterstützen möchten, unterschreiben Sie auf unserer Unterschriftenliste und sammeln Sie auch in Ihrem Bekanntenkreis Unterschriften – wir benötigen zahlreiche Stimmen, die die Initiative Mahnmal mit Nachdruck unterstützen.

Listen können angefordert werden bei: E-Mail [Mahnmal@uokg.de](mailto:Mahnmal@uokg.de) oder per Post UOKG/Initiative Mahnmal, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin

## Warten ohne Wiedersehen



(VT) In dem Chaos der Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges etablierte sich in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone ein von Moskau gesteuertes System zur systematischen, aber heimlichen psychischen und physischen Vernichtung „unliebsamer“ Mitbürger. Neben einigen ehemaligen Nazi-funktionären und Offizieren der deutschen Wehrmacht wurden vor allem Zehntausende unschuldiger Menschen, die nur einen Stalin-Witz erzählt hatten oder eine sozialdemokratische bzw. liberale Weltanschauung vertraten, 1945–1950 in sogenannte Speziallager eingesperrt. Teilweise wurden die Men-

schen von der sowjetischen Geheimpolizei wahllos auf der Straße aufgegriffen und in die Lager deportiert. Der Eisenbahner Kurt Naumann war einer von ihnen, und auch seine Leidensgenossen Dr. Karl Eduard von Büchner, Peter Moritz, Konrad Oberlöchle und der „Spinner“, der das Leben im Lager nicht mehr ertragen konnte und sich mit einem verzweifelt Aufschrei in den Elektrozaun des Speziallagers Nr. 7 in Sachsenhausen warf. Knochen-Karl, der

Leichenfahrer, hat die Toten nachts in den nahen Wald gefahren, wo sie mit Tausenden anderen in einem Massengrab verscharrt wurden. Ob Kurt Naumann seine Familie wiedergesehen hat, ob seine Leidensgenossen die Qualen überlebt haben, und wie Margarete, seine Frau, die vier Jungen allein durch die schweren Nachkriegsjahre gebracht hat, erfährt man in diesem spannenden und ergreifenden Buch, das die Situation in den Speziallagern authentisch schildert und zu dem Jan George ein Geleitwort geschrieben hat.

.....  
 Werner K. Lahmann: *Warten ohne Wiedersehen*, OEZ Berlin Verlag 2013, 334 S., 19,90 €, für die Leser des „Stacheldrahts“ bis zum 1.3.2014 20% Rabatt (zzgl. Portopauschale), Bestellung über OEZ Berlin-Verlag, Tel. (030) 993 93 16, Fax (030) 99 40 18 88, E-Mail [verlag@osteuropa-zentrum.de](mailto:verlag@osteuropa-zentrum.de)  
 .....

## Reise durch den Untergrund



(VT) Seit den Anfängen der Geschichte sind Menschen unter der Erde tätig gewesen – von den legendären Höhlenmalereien bis zu den Hightech-Projekten der Gegenwart. Sie schürften nach Erzen, untergruben gegnerische Befestigungen, huldigten längst vergessenen Göttern, versteckten sich vor Feinden, konstruierten Tunnel, suchten nach Schätzen, produzierten Waffen, gedachten der Toten oder bauten Bunker. Oft war der Untergrund dabei eine lebensgefährliche Umgebung, mitunter aber auch die letzte Rettung oder gar eine verlockende Vision zukünftiger

Welten. Gleichzeitig stellte der Untergrund immer auch eine Projektionsfläche dar – von den Mythen der Antike bis zu den Albträumen Hollywoods. Dieses Buch erzählt die Geschichte des Untergrunds aus verschiedensten Blickwinkeln: Historiker, Ingenieure, Architekten, Kulturwissenschaftler, Publizisten und Archäologen zeichnen ein nuancenreiches Bild der unterirdischen Welt. Dabei werden zahllose

Aspekte beleuchtet, die in den Medien kaum oder gar nicht aufgetaucht sind – von der „subversiven Archäologie“ über die unterirdischen Städte Kappadokiens bis zu den sowjetischen Kellergewängnissen in Berlin nach dem Zweiten Weltkrieg und der Stasi-Operation „UTA“. Achtzehn Aufsätze stellen dar, was die meisten Leser bis jetzt unter ihren Füßen nur erahnen konnten. Das Buch wird mit entsprechenden Tips für Ausflüge und Literaturhinweisen abgerundet.

.....  
 Niko Rollmann (Hg.): *Reise durch den Untergrund. Architektur, Geschichte und Konstrukt*. OEZ Berlin Verlag 2013, 534 S., 49,90 €, für die Leser des „Stacheldrahts“ bis zum 1.4.2014 30% Rabatt (zzgl. Portopauschale), Bestellung über OEZ Berlin-Verlag, Tel. (030) 993 93 16, Fax (030) 99 40 18 88, E-Mail [verlag@osteuropa-zentrum.de](mailto:verlag@osteuropa-zentrum.de)  
 .....

## Abgeholt und verschwunden



(VT) Unmittelbar nach dem Zusammenbruch der DDR im Jahre 1990 begannen Überlebende der NKWD-Lager und Angehörige der Opfer der Region Freiberg/Sa. damit, Dokumente zusammenzutragen, die der Öffentlichkeit ein wahres Bild der kommunistischen Nachkriegsgewaltherrschaft vermitteln sollten. Nach der Veröffentlichung einer ersten Broschüre im Jahre 1995 ist es nun gelungen, eine neue erheblich erweiterte Bro-

schüre mit einem Umfang von 108 Seiten drucken zu lassen. Etwa die Hälfte der Dokumentation befaßt sich mit konkreten Fällen der damaligen angsteinflößenden Zustände. Im Abschnitt „Die unbegründeten Abholungen“ werden unter anderem frei erfundene Werwolf-Aktivitäten und das Schicksal von SPD- und KPD-Genossen beleuchtet. In den Abschnitten „Die todbringenden Vernehmungen“ und „Die brutalen Foltermethoden“ werden konkrete Todesfälle und grausame Verhörpraktiken in den GPU-Kellern aufgeführt. In den Abschnitten „Die totale Isolierung“ und „Die unrechtmäßigen Verurteilungen“ schildern Familienangehörige, wie sie mit Waffengewalt gehindert wurden, den hungernden Ehemännern und Vätern etwas zusätzliche Nahrung zukommen zu lassen und mit welchen unsinnigen Anschuldigungen Todesur-

teile und lange Haftstrafen begründet wurden. In den Abschnitten „Die falschen Gegenrechnungen“ und „Das versuchte Totschweigen“ werden die zahlreichen Aktivitäten der Postkommunisten gebremst, mit denen diese anhand falscher Zahlenangaben versuchen, die NKWD-Opfer gegen Opferzahlen der NS-Diktatur aufzurechnen. Es schließen sich vier Seiten an, auf denen die durch sicheres Archivmaterial belegten Todesopfer der Region aufgeführt sind. Die dabei stehenden Berufsbezeichnungen geben ein erschreckendes und aufschlußreiches Bild über die soziale Herkunft der Opfer. In der zweiten Hälfte der Broschüre kommen zwölf überlebende NKWD-Häftlinge und drei Angehörige zu Wort, die über die grausamen Jahre der kommunistischen Gewaltherrschaft in den Nachkriegsjahren berichten. Abschließend folgen drei Berichte von Opfern, die verhaftet worden sind, weil sie sich in der Öffentlichkeit negativ zu den

.....  
 Klaus Rümmler: *Spurlos verschwunden – Eine Dokumentation über die Nachkriegs-Gewaltherrschaft in der Region Freiberg/Sa.*, Eigenverlag 2013; Die Broschüre kann zum Herstellungspreis in Höhe von 10 € plus 1 € Porto erworben werden bei Klaus Rümmler, Talstraße 115, 09618 Brand-Erbisdorf, E-Mail [rue.k@web.de](mailto:rue.k@web.de)  
 .....

## Veranstaltungen

7.1. (Di), 19.00 Uhr:  
**„Die Soviet-Story“.** Regie Edvins Snore, Dokumentarfilmvorführung mit Einführung u. Diskussion v. Prof. Dr. Bogdan Musial, Kardinal Stefan Wyszyński-Universität Warschau; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

21.1. (Di), 19.00 Uhr:  
**„Der letzte Mann von Stalingrad“.** Jürgen Mai, Schauspieler und Regisseur, erzählt im gleichnamigen Buch die Geschichte seines Vaters; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

22.1. (Mi), 18.15 Uhr:  
**Das „Gedächtnis“ der Staatssicherheit.** Aufgaben, Entwicklung und Personal der Abteilung XII des MfS. Ref. Dr. Philipp Springer, BStU; Veranstaltung d. BStU, Abteilung Bildung und Forschung; Ort: BStU, Bibliothek (Eingang Haus 31), Karl-Liebknecht-Str. 31/33, 10178 Berlin

23.1. (Do), 19.00 Uhr:  
**„Der Schwejk von Katharinenberg“.** Aus dem Leben des Artisten Gerd Voigt, Lesung u. Zeitzeugengespräch; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

4.2. (Di), 19.00 Uhr:  
**„Wohn-Haft“.** Manfred Haferburg, Paris, Autor und ehemaliger Häftling in Hohenschönhausen, stellt seinen autobiographischen Roman vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

18.2. (Di), 19.00 Uhr:  
**„Kriegsverbrechen in Sachsen“.** Dr. Theodor Seidel, Autor und ehemaliger Richter, stellt die 3. erweiterte Ausgabe seines gleichnamigen Buches vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

Ereignissen der Nachkriegsjahre geäußert hatten bzw. den Tod eines NKWD-Lager-Häftlings bekanntgegeben hatten.

Als Anhang ist der Broschüre eine detaillierte Bilanz aller bisher bekannt gewordenen Todesopfer und Verschollenen der Region beigelegt.

## 40 000 für ein neues Leben

(VT) Womit mußte man als DDR-Bürger bezahlen, um in Freiheit leben zu können? Mit Zuchthaus, mit Angst, mit Erniedrigung. Und zuletzt mit Geld.

Roland Au ist kein Querulant, kein Nörgler, kein Störenfried. Nach dem Prager Früh-



ling, den er hautnah miterlebte, wollte er nicht länger in der DDR leben. Der erste Fluchtversuch über Bulgarien mißlang. Dafür mußte er im berüchtigten DDR-Zuchthaus Brandenburg büßen. Nach der Freilassung folgten Ächtung und Bespitzelung. Die zweite Flucht gelang mit Hilfe aus dem Westen. An dem Tag, als Sparwasser das 1:0 gegen Westdeutschland schoß. Vieles wird heute verklärt: Die DDR hatte die besseren Kinderkrippen, hatte Vollbeschäftigung, hatte das bessere Tomatenmark. Aber eines stimmt nicht – die DDR war nicht einfach nur ein „System“. Sie bot keinen Sozialismus mit menschlichem Antritt. Sie war eine Diktatur, die bespitzelte, drangsalierte, inhaftierte und tötete. Wer das nicht ertragen konnte, mußte fliehen. Für jene, die blieben, die nicht weg konnten oder nicht weg wollten, für jene, die sich bereitwillig angepaßt haben, ist Roland Au immer noch ein „Republikflüchtling“. So charakterlos wie ein Deserteur. An dieser Einstellung hat sich bis heute wenig geändert.

Roland Au schreibt sachlich, nüchtern, ohne Polemik. Daraus zieht das Buch seine Glaubhaftigkeit. Und es bietet neue Einblicke in das deutsch-deutsche Mit- und Gegeneinander auf politischer Ebene. Ein spannendes Buch. Aber vor allem ein Buch gegen die Verniedlichung der DDR, gegen die Verharmlosung des Unrechts.

.....  
 Roland Au: 40.000 für ein neues Leben – Geschichte einer Flucht. BellaVista-Verlag, Bad Schwartau 2013, 289 S., 16,80 €  
 .....

## Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Januar Geburtstag haben

Dr. Egon Weber am 5. Januar, Edith Protze am 12. Januar, Helmut Stieler am 15. Januar, Wolf-Otto Walther am 16. Januar, Jörg Strauß am 17. Januar, Günter Koch am 22. Januar, Heinz Scholz am 27. Januar, Norbert Lipski, Eugen Mühlfeit, Hartmut Richter am 29. Januar, Michael Kalkstein am 30. Januar

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

## Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Ludwig Boerner, Rosemarie Bove-Wilde, Jürgen Brand, Olaf Burrow, Inge Deckert, Martha Enigk, Horst



### UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1  
 10365 Berlin  
 Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 53  
 E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mo-Fr, 12-14 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 52  
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),  
 Mo-Fr, 14-16 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 54  
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Kerstin Kuzia (Thema DDR-Heime u. JWH,  
 in enger Zusammenarbeit mit der Berliner  
 Anlaufstelle „Fonds Heimerziehung“),  
 Do 11-16 Uhr  
 Tel. (030) 57 79 87 39  
 E-Mail kuzia@uokg.de

### Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1  
 10365 Berlin  
 Tel. (030) 55 49 63 34  
 Fax (030) 55 49 63 35  
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin  
 Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Heidi Kulik  
 Di u. Do 8-15 Uhr, Mi 9-17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.



**Ein frohes und  
 gesegnetes  
 Weihnachtsfest  
 und ein gesundes  
 Neues Jahr**

**wünscht allen Leserinnen und  
 Lesern herzlich**

die Redaktion

Fichter, Marianne Freudenreich, Anneliese Gabel, Klaus Gabel, Anita Goßler, Burkhard Gottschling, Joachim Grundig, Karl-Heinz Heidenreich, Lothar Hübner, Siegfried Jentsch, Erhard Kaufer, Helga Kiwitt, Robert Kneib, Gerhard Knorr, Ellenburg Koman, Manfred Krafft, Heinz Hermann Kühn, Rolf Leonhard, Eduard Lindhammer, Jürgen Lorenz, Joachim Lummitsch, Joachim Machoy, Friedrich Matthies, Peter Menzel, Hilde Möller, Werner Morgenstern, Klaus Muder, Günther Müller, Hans Georg Müller, Christa Ode, Marita Pagels-Heineking, Rolf Petermann, Edeltraud Pfeiffer, Eike Christine Radewahn, Ute Rast, Prof. Dr. Gert Robel, Rita Schiller, Rainer Schmiedel, Siegbert Schmolke, Dr. Walter Schöbe, Wolfgang Scholze, Horst Schröder, Horst Schultz, Werner Schulze, Eckhard Serick, Roland Steinbach, Henning Stieme, Dr. Hendrik Jörgen Walter, Ulrich Wittrin, Michael Wühle, Ingrid Ziesche, Konrad Ziller

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

## Das Zitat

Mit der Politik des kleineren Übels sind 6000 Jahre lang die großen Übel gemacht worden.

Lore Lorentz

### **Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg**

Vorsitzender: Viktor Gorynia  
Sprechzeiten: Mi 9–17 Uhr

#### **BSV-Förderverein für Beratungen**

Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Telefon (030) 55 49 63 34  
Fax (030) 55 49 63 35  
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de  
Konto: BSV-Förderverein  
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48  
Nr. 665 52 45 00

### **Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)**

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner  
Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup  
Sprechzeiten: Mo–Fr 16–18 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40  
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19  
Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Internet: www.uokg.de  
E-Mail: info@uokg.de  
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,  
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin

PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt

\*13017#000#0412\*

## Impressum DER STACHELDRAHT

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

**Redaktion:** Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de  
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, BIC (SWIFT) DEUT DE DB110, IBAN DE58 100 708 480 6655245 01

**BUNDESSTIFTUNG  
AUFARBEITUNG**

Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**Herstellung:** Satzherstellung Werner Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com  
Verkaufspreis 1,- Euro  
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor. Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 27. November 2013

